

Auszug aus dem

Beteiligungsbericht 2018

des Landkreises Hersfeld-Rotenburg

3. Kapitalgesellschaften

3.1 Klinikum Bad Hersfeld GmbH

Sitz:	36251 Bad Hersfeld Telefon: (0 66 21) 88-0, Telefax: (0 66 21) 88-10 33 E-Mail: geschaeftsfuehrung@klinikum-hef.de Internet: www.klinikum-bad-hersfeld.de
Postanschrift:	Seilerweg 29, 36251 Bad Hersfeld
Aufgabe:	Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Klinikums Bad Hersfeld und aller damit verbundenen zweckdienlichen Einrichtungen (einschl. Wohnheime). Hierzu gehören auch die Ausbildungseinrichtungen sowie die Maßnahmen wissenschaftlicher und sonstiger krankenhausbezogener Fort- und Weiterbildung. Der Betrieb des Klinikums umfasst stationäre und teilstationäre sowie vor- und nachstationäre Krankenhausleistungen, ambulante Behandlung sowie Rehabilitation, Pflege und medizinisch-technische sowie physikalische Leistungen.
Gründung:	seit 1872 als Bezirkskrankenhaus seit 1937 als Regiebetrieb des Landkreises seit 1983 als Eigenbetrieb des Landkreises seit 01.01.1996 als GmbH
Handelsregister:	Bad Hersfeld, HRB 651
Stammkapital:	10.000.000 EUR
Gesellschafter:	Landkreis Hersfeld-Rotenburg (100 %) Stammeinlage 10.000.000 EUR, voll eingezahlt
Aufsichtsrat:	Dr. Michael H. Koch, Elke Künholz (stellv. Vorsitzende), Vertreter des Betriebsrats: Martina Reinki, Wolfgang Reim, Marco Busch; Kreistagsabgeordnete: Horst Hannich, Manfred Fehr, Helmut Miska, Herbert Höttl, Wolfgang Curth, Gerhard Schenk, Jörg Brand; Christian Eimer, Christian Grunwald (als Gast ohne Stimmrecht)
Geschäftsführer:	Martin Ködding
Prokura:	Wilfried Imhof, Sascha Sandow
Konzernjahresabschluss:	per 31.12.2017
Abschlussprüfer:	sb+p Strecker, Berger + Partner, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Kassel, Prüfbericht vom 29.06.2018
Beteiligungen:	Herz-Kreislauf-Zentrum Klinikum Hersfeld-Rotenburg GmbH (100 %) Gesundheitszentrum Hersfeld-Rotenburg Betriebs GmbH (100 %) Med. Versorgungszentrum Hersfeld-Rotenburg GmbH (100 %) E+B Energieversorgungs-Betriebs-GmbH (100 %) Orthopädie Bad Hersfeld GmbH (100%) MediService GmbH (100%) Klinik am Hainberg GmbH (100%) (siehe auch Organigramm Seite 12) KEAM Kommunale Energie aus der Mitte GmbH (1,5 % seit 2017)

3.1.1 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Das seit dem 01.01.2011 geltende „Hessische Krankenhausgesetz 2011 – HKHG“, das das HKHG 2002 abgelöst hat, bestimmt, dass die Gewährleistung der bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung durch leistungsfähige Krankenhäuser eine öffentliche Aufgabe des Landes, der Landkreise und der kreisfreien Städte ist. Krankenhäuser werden nach Maßgabe des Krankenhausplanes von Landkreisen, Gemeinden, dem Landeswohlfahrtsverband Hessen und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts errichtet und betrieben, soweit sie nicht von freigemeinnützigen und privaten Trägern errichtet und betrieben werden. Krankenhausträger kann auch ein Zweckverband sein.

Der Landkreis Hersfeld-Rotenburg ist Krankenhausträger für das Klinikum Bad Hersfeld. Das Klinikum Bad Hersfeld wird seit 1996 als GmbH betrieben, deren Alleingesellschafter der Landkreis Hersfeld-Rotenburg ist. Im Laufe der Zeit wurden verschiedene Tochtergesellschaften gegründet, die entweder als Servicegesellschaften der Muttergesellschaft dienen oder die das Angebot der Muttergesellschaften abrunden.

Im April 2016 hat das Klinikum Bad Hersfeld die Herz-Kreislauf-Zentrum Rotenburg GmbH & Co Betriebs KG (HKZ) mit deren Tochtergesellschaften sowie die dazugehörige HKZ Verwaltung GmbH („HKZ-Gruppe“) übernommen. Die GmbH & Co Betriebs KG wurde im Rahmen des Formwechsels in eine Kapitalgesellschaft in Rechtsform der GmbH umgewandelt und diese Maßnahme mit Eintragung ins Handelsregister im Dezember 2016 abgeschlossen. Das HKZ führt seitdem die Bezeichnung Herz-Kreislauf-Zentrum Klinikum Hersfeld-Rotenburg GmbH.

Für den Klinik-Konzern im Landkreis Hersfeld-Rotenburg wurde der Begriff „Klinikum Hersfeld-Rotenburg“ entwickelt, der seither als Begriff für die Summe der Gesellschaften verwendet wird. Einen Überblick über den Klinikkonzern bietet die Übersicht auf der übernächsten Seite.

Anzahl der Betten/Plätze		
584	Klinikum	vollstationär
38	Klinikum (Geriatric, Psychiatrie)	teilstationär
622	Klinikum gesamt	
196	HKZ (akut)	vollstationär
152	HKZ (Reha)	vollstationär
40	Orthopädische Klinik	vollstationär
233	Hainbergklinik - Psychosomatische Fachklinik	Reha-Betten

Für das Klinikum wurde mit Änderungsbescheid vom 11. Dezember 2012 nach § 6 Abs. 1 KHG in Verbindung mit § 17 ff. HKHG die Aufnahme in den Krankenhausplan des Landes Hessen um 15 Betten/5 Plätze (577 Betten => 592 Betten) der Psychosomatischen Medizin (Psychosomatik) zum 01.01.2012 erweitert. Ab Dezember 2013 wurde die Klinik für akutpsychosomatische Medizin und Psychotherapie in den Räumen der Klinik am Hainberg mit 15 stationären und 5 tagesklinischen Plätzen betrieben. Mit einem weiteren Änderungsbescheid vom 20. September 2016 wurde für das Klinikum die Aufnahme in den Krankenhausplan des Landes Hessen um weitere 10 Betten (592 Betten => 602 Betten) der Psychosomatischen Medizin und Psychotherapie rückwirkend zum 01.09.2015 erweitert. Zum 01.10.2016 erfolgte wiederum eine Erweiterung um 13 Betten und 2 Plätze der Psychosomatischen Medizin und Psychotherapie (Änderungsbescheid vom 10.11.2017) auf mittlerweile 615 Betten und 7 Plätze.

Das HKZ ist gemäß Bescheid des Hessischen Ministeriums vom 27.04.2005 für die Herz- und Gefäßchirurgie, vom 01.10.2005 für die Kardiologische Fachklinik und mit Änderungsbescheid für beide Bereiche vom 20.04.2010 mit 196 Planbetten in den Krankenhausplan aufgenommen. In 2016 erfolgte die Erweiterung auf das Fachgebiet Innere Medizin mit dem ausgewiesenen Schwerpunkt Pneumologie.

Im Klinikum Bad Hersfeld sind folgende Fachabteilungen vertreten:

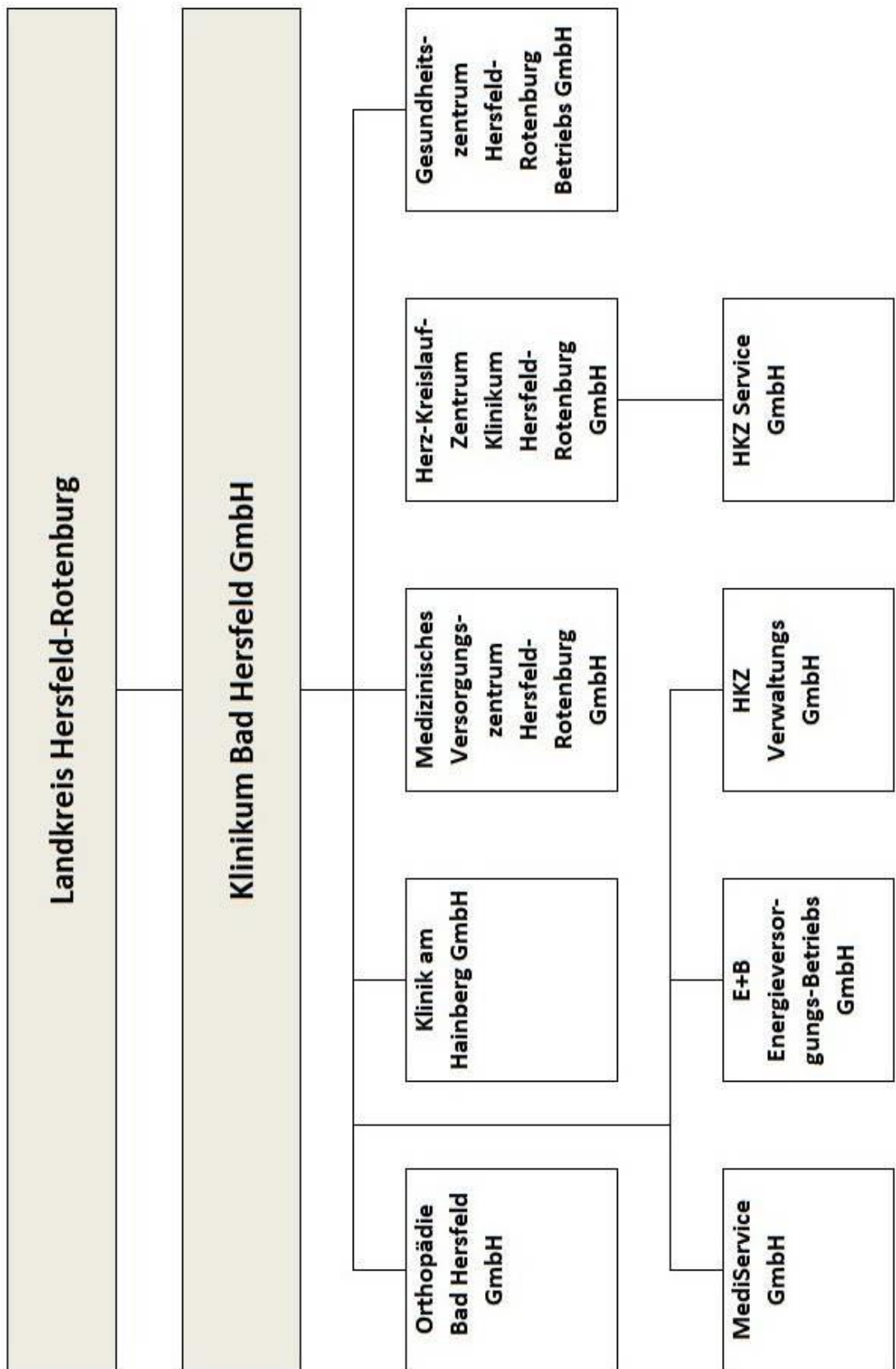
- Klinik für Anästhesiologie und Intensivmedizin
- Klinik für Augenheilkunde
- Klinik für Allgemein-, Viszeral- u. Minimalinvasive Chirurgie
- Klinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe
- Klinik für Gastroenterologie und Hepatologie
- Klinik für Gefäßchirurgie
- Zentrum für Klinische Geriatrie
- Klinik für Hals-Nasen-Ohrenheilkunde, Kopf-, Hals- u. plastische Gesichtschirurgie
- Klinik für Kardiologie und Intensivmedizin
- Klinik für Kinder- und Jugendmedizin
- Klinik für Nephrologie, Diabetologie und allgemeine Innere Medizin
- Klinik für Neurologie und Geriatrie
- Abteilung für Nuklearmedizin
- Klinik für Hämatologie und Onkologie
- Abteilung für Palliativmedizin
- Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie
- Klinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie
- Klinik für Radiologie und Neuroradiologie
- Klinik für Unfallchirurgie und Orthopädie
- Klinik für Urologie und Kinderurologie

Im Herz-Kreislauf-Zentrum sind folgende Fachabteilungen/Zentren vertreten:

- Klinik für Anästhesiologie und Intensivmedizin
- Klinik für Herz- und Gefäßchirurgie
- Klinik für Kardiologie
- Abteilung für Allgemeine und Interventionelle Kardiologie/Koronare Interventionen
- Abteilung für Interventionelle Kardiologie/Strukturelle Herzerkrankungen
- Abteilung für Rhythmologie
- Abteilung für Kardiale Bildgebung und Funktionsdiagnostik
- Abteilung für Rehabilitation und Prävention
- Klinik für Neurologie /Phase B
- Klinik für Pneumologie
- Ambulanzzentrum
- Lungenkrebszentrum
- Zentrum für Anästhesiologie und Intensivmedizin
- Zentrum für Cardio-Pulmonale-Medizin (CPM)
- Zentrum für Klinische Forschung

Aufgrund der Größe und der vertretenen Fachabteilungen ist der Klinikkonzern mit den o.a. Tochtergesellschaften die für die Versorgung der Bevölkerung bedeutendste Einrichtung zwischen Kassel und Fulda.

Der Konzern nimmt, insbesondere als Betreiber von Krankenhäusern in zwei Städten mit Schwerpunktversorgung für die Region mit seinen regionalen Zentren Bad Hersfeld sowie Rotenburg a. d. Fulda eine bedeutende Funktion sowohl als Anbieter von vielfältigen Gesundheitsdienstleistungen als auch als wichtiger Arbeitgeber ein. Im Konzern wurden 2017 mit durchschnittlich 2.162 Mitarbeitern (Vollkräfte) 38.166 Patienten voll- und teilstationär und etwa die doppelte Anzahl ambulant behandelt. Ergänzt wird das stationäre Krankenhausspektrum flankierend durch weitere Bereiche, die insbesondere Leistungen sowohl auf den Gebieten der Rehabilitation als auch der ambulanten Patientenversorgung an mehreren Standorten durch Medizinische Versorgungszentren (MVZ) erbringen.



3.1.2 Grundzüge des Geschäftsverlaufes sowie Informationen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns

Die Leistungskennzahlen des stationären und teilstationären Bereichs lauten für das Berichtsjahr wie folgt:

	Klinikum	HKZ	Orthopädie	Hainbergklinik (ohne Akut)
Betten-/Plätzezahl	622	348	40	233
Fallzahl	27.345	7.928	1.495	1.398
Verweildauer (Tage)	7,0	10,3	6,7	38,4
Berechnungstage	193.380	81.309	10.061	52.775
Nutzungsgrad	85,2 %	64,0 %	68,9 %	62,1 %

In 2016 erfolgte erstmalig und zeitanteilig die Vollkonsolidierung der HKZ-Gruppe, wohingegen 2017 das HKZ und deren Tochtergesellschaften ganzjährig in den Konzernabschluss mit einbezogen wurden. Dieser Sachverhalt ist bei dem Vergleich der 2017er Daten mit den Zahlen von 2016 zu beachten.

Die Gesamtleistung lt. Konzern-Prüfungsbericht hat insgesamt 200.678.092,50 € betragen und konnte damit im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden (2016=185.309.384,80 €). Die Kernerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um 17.871 T€ (= 10,1 %) gestiegen. Dieser Anstieg resultiert einerseits aus einem organischen Wachstum, welches vor allem durch einen gestiegenen Landesbasisfallwert (+2,7 %) sowie aus angehobenen Tagessätzen im Reha-Bereich (+3,0 %) verursacht wurde. Der positive Preiseffekt übersteigt leicht die Leistungszahlenveränderungen und den daraus resultierenden negativen Mengeneffekt. Andererseits ist der primäre Treiber dieses Anstiegs noch die Akquisition der HKZ-Gruppe, die im Vorjahr zunächst lediglich zeitanteilig mit ca. einem ¼ Jahr in die Ertragslage des Konzernabschlusses eingegangen ist. Die Akquisition der HKZ-Gruppe, die nunmehr ganzjährige Einbeziehung sowie die ausgelösten Sanierungs- und Restrukturierungsmaßnahmen im Konzern sind zudem für Verschiebungen in der Struktur der Ertragslage verantwortlich. Das Konzernergebnis ist dadurch insgesamt leicht belastet. Die stationäre Regelversorgung, ergänzende ambulante Leistungserbringung im therapeutischen Bereich, ist aufgrund der Ausgliederung des Bereichs Physiocenter Am Kurpark in Bad Hersfeld, zum 01. Februar 2017 im Rahmen einer Veräußerung, rückläufig (-755 T€). Zudem wirkte der Katalogeffekt in den orthopädischen DRG-Bereichen sich merklich auf die Erlöse und in Folge dessen auf die Deckungsbeiträge aus (Ortho bereinigter EBITDA -0,4 Mio. €).

Von der Gesamtleistung entfielen 162.316.784,14 € auf Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen (2016=149.740.581,99 €).

Die betrieblichen Aufwendungen (Personalaufwand, Materialaufwand, übrige betriebliche Aufwendungen, Abschreibungen) entwickelten sich insgesamt überproportional zur Gesamtleistung, sodass das Konzern-Betriebsergebnis aufgrund der im Vorjahr akquirierten HKZ-Gruppe insgesamt einen Fehlbetrag ausweist. Bereinigt um den erworbenen Teilkonzern ergäbe sich ein positives Ergebnis in Höhe von ca. 800 T€. Dies unterstreicht die weiterhin stabile Entwicklung in dem Bereich des Alt-Konzernkreises, obgleich aufgrund rückläufiger Leistungszahlen die Wirtschaftlichkeit abnahm.

Die Personalaufwendungen betragen 2017 134.914.423,35 € (2016=121.392.497,10 €) und sind damit im Vergleich zum Vorjahr um 11,1 % angestiegen. Die Erhöhung der Personalaufwendungen ist primär akquisitionsbedingt sowie zudem durch diverse Tarifabschlüsse für bestimmte Bereiche bzw. Dienstgruppen verursacht. Die unter dem Dach des Klinikums Bad Hersfeld zusammengeführten Gesellschaften beschäftigten in 2017 insgesamt 2.210 Vollkräfte (2016=2.176). Der Wettbewerb um medizinisches Fachpersonal nimmt weiter zu. Der deutschlandweit beklagte Fachkräftemangel im Ärztlichen Dienst und im Pflege- und Funktionsdienst, ist auch im Klinikkonzern deutlich spürbar.

Die Materialaufwendungen sind um 15,6 % (2016=+58,3 %) gestiegen. Die Abschreibungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 3,9 % (2016=+21,9 %) erhöht. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 10,2 % (2015=+53,7 %) gesunken.

Das operative Betriebsergebnis von -7.631.179,54 € (2016=-5.223.607,40 €) wurde durch den Saldo aus Erträgen aus Zuwendungen und der Auflösung von Sonderposten sowie den Aufwendungen an der Zuführung zu Sonderposten, um 4.860.261,64 € (2016=4.711.349,67 €) verbessert. Das Finanzergebnis 2017 verschlechtert das Ergebnis um 1.086.436,49 € (2016=921.101,79 € / Verschlechterung). Nach einem Steuerabzug in Höhe von 275.796,39 € (2016=86.129,36 € / Steuerabzug) ergibt sich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 4.133.150,78 € (2016=1.519.488,88 € / Jahresfehlbetrag).

Die bilanzielle Eigenkapitalquote ist in 2017 mit 5,5 % (2016=9,2 %) im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Die Quote verringerte sich aufgrund des verringerten Konzernergebnisses sowie der stark gestiegenen Bilanzsumme. Insbesondere entfallende Deckungsbeiträge aus dem Betrieb einer Flüchtlingsunterkunft, die erstmalige ganzjährige Einbeziehung der HKZ-Gruppe, die rückläufigen Leistungsmengen beim Klinikum sowie der Katalogeffekt bei der Orthopädie sind für den deutlichen Ergebnis- und Eigenkapitalrückgang verantwortlich.

Der Forderungsbestand aus Lieferungen und Leistungen betrug zum Jahresende 26.938.287,62 € und ist gegenüber dem Vorjahr (2016=25.539.414,33 €) gestiegen. Die Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht haben sich in 2017 auf 29.378.302,91 € (2016=2.536.273,50 €) erhöht. Die Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht werden dominiert durch Forderungen aus der Investitionsfinanzierung, vor allem durch die im Berichtsjahr bewilligten Fördermittel nach §§ 25, 25 a HKHG a. F. in Höhe von insgesamt 26.500.000,00 €.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestanden zum 31.12.2017 in Höhe von insgesamt 20.922.068,75 € (2016=24.163.414,93 €). Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestanden zu 12 % (2016=25%) aus kurzfristigen Verbindlichkeiten (Laufzeit bis zu einem Jahr) und dienten der Sicherung der Liquidität.

Die Konzernfinanzlage ist derzeit geordnet, allerdings gilt es durch die wirtschaftlich notwendige Reorganisation von Bereichen, insbesondere im HKZ, als auch die voranzutreibende Zentralisierung von Unterstützungsprozessen, deren Wirtschaftlichkeit und damit zugleich den Cash-Flow der laufenden Geschäftstätigkeit weiter zu erhöhen. Allein dadurch kann die Eigenfinanzierungskraft und die Kreditwürdigkeit des Konzerns für weitere notwendige Modernisierungsmaßnahmen gestärkt sowie die Abhängigkeit von dem Gesellschafter verringert werden. Bei größeren Maßnahmen wird der Konzern unter Umständen weitere Hilfestellungen seitens des Gesellschafters benötigen, sofern die im Rahmen der dualen Finanzierung bereitgestellten Mittel nicht ausreichen. Sowohl der auf zehn Jahre ergangene Betrauungsakt als auch Maßnahmen und Bekundungen der politischen Entscheidungsträger sind tragende Säule und ermöglichen den notwendigen Konzernumbau. Das vorhandene Konzerneigenkapital, auch unter Einbeziehung der Sonderposten sowie die gegenwärtigen Schlüsselkennzahlen unter anderem Eigenkapitalquote, EBITDA sowie Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit begrenzen derzeit die eigenständige Mittelaufnahme des Konzerns bei größeren Maßnahmen.

Der Konzern erzielte 2017 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 4.133.150,78 € (2016=-1.519.488,88 €) und liegt damit unter den Erwartungen der Geschäftsführung. Hauptausschlaggebend für diese Entwicklung war das Einzelergebnis der voll konsolidierten Herz-Kreislauf-Zentrum Klinikum Hersfeld-Rotenburg GmbH. Durch den Erwerb der HKZ-Gruppe und der wirtschaftlich angespannten Lage des HKZ ergibt sich aufgrund der nunmehr ganzjährigen Einbeziehung eine stärkere Ergebnisbelastung von ca. 1.050 T€. Die Anstrengungen des Konzernmanagements sind darauf ausgerichtet, den wirtschaftlichen Abschwung des HKZ aufzufangen, sowie Konzepte zu implementieren, die dem neuen Konzernstandort in Rotenburg a. d. Fulda langfristig wirtschaftlich tragfähige Leistungsstrukturen geben. Zudem werden die Unterstützungsprozesse im Konzern zusammengefasst, wobei der eingeleitete Zentralisierungsprozess andauert. Somit gilt es, Erfolgspotenziale zukünftig noch zu heben. Durch die eingeleiteten Maßnahmen soll das Leistungsangebot in der Region Hersfeld-Rotenburg sowie der Standort Rotenburg gesichert werden.

Die negative wirtschaftliche Entwicklung im Konzern basiert vor allem auf der schlechten Leistungs- und Kostenrelation in der Herz-Kreislauf-Zentrum Klinikum Hersfeld-Rotenburg GmbH. Nach der Übernahme zeigt sich, dass die Herausforderungen höher sind, als erwartet. Eine Vielzahl von

Restrukturierungsmaßnahmen wurde erfolgreich durchgeführt, doch braucht es mehr Zeit, den Turnaround zu erreichen. Die Geschäftsführung erwartet erste nachhaltig, positive Monatsergebnisse im HKZ im Jahr 2019. Die Sanierungsmaßnahmen sind beschlossen, geprüft und werden greifen. Auch werden im Jahr 2018 Maßnahmen zur Konsolidierung des MVZ ergriffen. Zudem wird eine Reihe von baulichen und medizin-strukturellen Maßnahmen den Konzern nachhaltig stärken.

Ziel der Klinikum Bad Hersfeld GmbH mit den Tochter- und Enkelgesellschaften ist es, moderne Medizin wohnortnah anzubieten. Mit der Integration des Herz-Kreislauf-Zentrums im Jahr 2016 und den damit hinzugewonnen Kompetenzen ist ein Krankenhausbetrieb der Submaximalversorgung entstanden. Nach dem strategischen Ziel: „Ein Krankenhaus – zwei Standorte“ werden die medizinischen Angebote justiert. Ziel ist es, Abteilungsstrukturen im Primär-, aber auch im Sekundär- und Tertiärbereich zusammenzuführen und soweit möglich redundante Angebote abzubauen. Dieser Konvergenzprozess wird voraussichtlich vier Jahre benötigen.

Seit 2016 wurde die Zusammenarbeit mit der Universität Gießen (Akademisches Lehrkrankenhaus) weiter ausgebaut. Neben personellen Verzahnungen ist gemeinsam mit dem HKZ und dem UKGM sowie der Kerckhoff-Klinik in Bad Nauheim das Zentrum für Cardio-Pulmonale Medizin (CPM) gegründet worden. Im Rahmen dieses Zentrums wurde die Pneumologie am Standort HKZ als neue Abteilung etabliert und mit der Onkologie am Standort Klinikum Bad Hersfeld wird ein Lungenkrebszentrum angestrebt. Das Schlaflabor im HKZ wurde wieder aktiviert. Es wurde ein standortübergreifendes Zentrum für Anästhesiologie und Intensivmedizin gegründet. Die Neurologie wurde ebenfalls standortübergreifend neu strukturiert. Zahlreiche Funktionsbereiche und die durch diese erbrachten Unterstützungsprozesse und Leistungen wurden weiter zusammengefasst - z.B. Einkauf, Apotheke, Hygiene, Personalabteilung, Finanzbuchhaltung, Medizintechnik, Controlling, Qualitätsmanagement, Unternehmenskommunikation und an der Maxime „Ein Krankenhaus – zwei Standorte“ ausgerichtet.

Im Konzern wurden 2017 baulich und investiv in Betrieb genommen: das Parkhaus am Klinikum mit 220 Plätzen, die Bronchoskopieabteilung am HKZ, eine neue Monitoranlage auf der Chirurgischen Intensivstation am HKZ. Zudem erfolgte die Erweiterung der EPU Anlage am HKZ sowie der Ausbau der IMC/CPU am Standort Rotenburg. Die strategische bauliche Zielplanung wurde abgestimmt und präzisiert, sie beinhaltet die Kernsanierung und Erweiterung des Bettenhaus-Mitte am Klinikum, die energetische Sanierung des Bettenhauses-West am Klinikum, die Errichtung eines OP Funktionsgebäudes am Standort HKZ für die Herz- und Gefäßchirurgie sowie die Orthopädie, den Umzug der Orthopädie von gemieteten Räumen an den Standort HKZ sowie die Verlagerung der Psychiatrischen Klinik für den vollstationären Bereich vom Standort Klinikum an das HKZ, um den stationären psychisch Kranken moderne und ausreichende Unterbringungs- und Therapiemöglichkeiten zu geben.

3.1.3 Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis

keine

3.1.4 Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises

Die Haushaltswirtschaft des Landkreises wird durch die Gesellschaft direkt weder belastet noch entlastet. Als gemeinnützige GmbH sind keine Gewinnausschüttungen an den Gesellschafter möglich.

Für 2017 hat das Klinikum eine Schuldendiensthilfe in Höhe von 500.000 € vom Landkreis Hersfeld-Rotenburg erhalten. Für bereitgestellte Bürgschaften erhält der Landkreis Hersfeld-Rotenburg 39 T€ an Bürgschaftsprovision von der Klinikum Bad Hersfeld GmbH.

Der Landkreis erbringt für die Gesellschaft Dienstleistungen. Hierfür hat der Landkreis in 2017 als Kostenerstattung 158.236,96 € (2016=224.577,08 €) erhalten. Davon entfallen 140.588,92 € (2016=203.123,89 €) auf die Baubetreuung durch das Immobilienmanagement und 17.648,04 € (2016=21.453,19 €) auf die Querschnittsbereiche der Verwaltung.

In 2009 erfolgte vom Landkreis Hersfeld-Rotenburg für das HKZ die Aufnahme und Weiterleitung eines Darlehens aus dem Konjunkturprogramm zum Neubau eines Hybrid-OP am HKZ in Höhe von 187.500 €. Der Darlehensstand beträgt zum 31.12.2017 noch 143.750,00 €.

Seit Oktober 2009 besteht zwischen dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg und der Klinikum Bad Hersfeld GmbH eine Vereinbarung über die Weiterleitung von Bundeszuschüssen aus dem „Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes“ und Darlehensmitteln zur Kofinanzierung der Zuschussmittel des Bundes mit einer Laufzeit von 30 Jahren.

Der Landkreis hat sich hierbei verpflichtet, für die Abwicklung der Maßnahme Ersatzneubau / Umbau Küche mit der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen eine Vereinbarung über den Bundeszuschuss in Höhe von 3,75 Mio. € und einen Darlehensvertrag zur Kofinanzierung des Bundeszuschusses in Höhe von 1,25 Mio. € abzuschließen. Dabei werden der Tilgungsanteil und Zinsdienst vom Klinikum an den Landkreis jährlich erstattet. Der Darlehensstand beträgt zum 31.12.2017 noch 958.333,38 €.

Mit Datum vom 16.03.2016 wurde mit dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg ein Gesellschafterdarlehensvertrag in Höhe von 25.000.000 € geschlossen, dieser wurde am 18.03.2016 voll ausgezahlt. Es wird mit 1,31 % p. a. fest bis zum 30.03.2036 verzinst. Der Vertrag endet spätestens zum 30.12.2036. Der Darlehensstand beträgt zum 31.12.2017 noch 23.051.565,09 €.

Am 14.01.2016 wurde zwischen dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg und der Klinikum Bad Hersfeld GmbH ein Darlehensvertrag über einen Kassenverstärkungskredit bis zu 3,5 Mio. € geschlossen. Der Zinssatz ist variabel. In 2017 wurden keine Zinsen berechnet. Der Darlehensstand beträgt zum 31.12.2017 noch 3.500.000 €.

Mit Datum vom 18.09.2017 wurde zwischen dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg und der Klinikum Bad Hersfeld GmbH ein Gesellschafterdarlehensvertrag (Weiterleitung Darlehen aus dem Hessischen Investitionsfonds Abt. C) zur investiven Sanierung vom Bettenhaus Mitte u. a. in Höhe von 10.000.000 € geschlossen. Hierfür wird ein fester Zinssatz in Höhe von 1 % berechnet. Der Darlehensstand beträgt zum 31.12.2017 noch 10.000.000 €.

3.1.5 Haftungsverhältnisse

Folgende Haftungsverhältnisse bestehen zwischen der Gesellschaft und dem Landkreis:

- Bürgschaft ZVK

Vom Landkreis wurde der Gesellschaft eine Bürgschaft für die Ansprüche durch die Aufnahme der Gesellschaft in die Zusatzversorgungskassen der Gemeinden und Gemeindeverbände des Regierungsbezirks Kassel gewährt. Vorausgegangen war ein Beschluss des Kreistages vom 26.02.1996 über die Umwandlung des Eigenbetriebs „Kreiskrankenhaus Bad Hersfeld“ in eine gemeinnützige GmbH. In § 3 Abs. 2 des Personalüberleitungsvertrages ist geregelt, dass die Kreiskrankenhaus Bad Hersfeld GmbH zum Stichtag die Aufnahme bei der Zusatzversorgungskasse des kommunalen Versorgungsverbandes beantragt und der Landkreis Hersfeld-Rotenburg andererseits eine Verpflichtungserklärung über die Gewährträgerschaft (Bürgschaft) abgibt. Die Bürgschaftserklärung vom 22. Juli 1996 wurde durch das Regierungspräsidium Kassel am 08.08.1996 genehmigt.

Die Bürgschaft umfasst im Wesentlichen eine Absicherung aller Ansprüche der Zusatzversorgungskasse aus der Mitgliedschaft der Kreiskrankenhaus Bad Hersfeld gGmbH durch den Gewährträger Landkreis Hersfeld-Rotenburg ohne zeitliche Beschränkung und Einschluss der Ansprüche im Falle der Beendigung der Mitgliedschaft.

- Bürgschaft für die Beteiligung am HKZ

Nach dem das seit dem Jahre 2003 bestehende vorläufige Engagement beim HKZ in Höhe von insgesamt 401.250 € im Jahre 2006 gegen die Überlassung von drei Planbetten der Neurologie sowie

der Abtretung von neun internistischen Planbetten die Erhöhung der Kapitalanteile von 5 % auf 12,5 % im Rahmen der Sacheinlage umgesetzt wurde, ist die besondere Sicherung der Stammeinlage und des Darlehens weggefallen.

Die Klinikum Bad Hersfeld GmbH hielt bis zur Akquisition der HKZ-Gruppe im April 2016 folgende Einlagen am HKZ:

Stammeinlage an der Herz- und Kreislaufzentrum GmbH & Co. Betriebs KG	12,5 % von 4.000.000 € = 500.000 €
Stammeinlage an der Herz- und Kreislaufzentrum Verwaltungs GmbH	12,4 % von 25.000 € = 3.100 €
Gesellschafterdarlehen an der Herz- und Kreislaufzentrum GmbH & Co. Betriebs KG	12,5 % von 3.000.000 € = 375.000 €

Von diesen 878.100 € wurden 576.250 € in bar und 301.850 € durch Sacheinlagen erbracht. Für die in bar erbrachte Summe in Höhe von 576.250 € hat der Landkreis Hersfeld-Rotenburg eine Ausfallbürgschaft gem. dem Beschluss des Kreistages vom 12. November 2007 übernommen. Die Ausfallbürgschaft wurde mit Urkunde vom 20.12.2007 durch das Regierungspräsidium genehmigt.

Das Gesellschafterdarlehen wurde ab 2008 getilgt und ist per 31.12.2017 zurückgezahlt.

Nach Information des Steuerberaters der Klinikum Bad Hersfeld GmbH wurde mit der Akquisition der HKZ-Gruppe im April 2016 der Anteil des Klinikums am HKZ lediglich von 12,5% auf 100% aufgestockt und die Gesellschaft umfirmiert. Dem Grunde nach besteht der ehemalige Anteil i. H. v. 12,5% (für den die Bürgschaft gewährt wurde) jedoch weiterhin und macht somit die Bürgschaft – auch nach Tilgung des Gesellschafterdarlehens – erforderlich.

- Bürgschaft für einen Ersatzneubau Bettenhaus Ost

Mit Beschluss des Kreistages vom 19.09.2011 wurde eine Ausfallbürgschaft für ein Darlehen der Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg über 7.000.000 € für die Errichtung eines Ersatzneubaus Bettenhaus Ost beschlossen. Die Bürgschaftserklärung vom 08.11.2011 für das Darlehen wurde mit Verfügung des Regierungspräsidiums vom 17.11.2011 kommunalaufsichtlich genehmigt. Das Darlehen bestand zum 31.12.2017 noch in Höhe von 5.220.833,13 €.

- Bürgschaft für Kontokorrentkredit zur Sicherung der Liquidität

Mit Beschluss des Kreistages vom 13.05.2013 wurde eine Bürgschaft für einen Kontokorrentkredit der Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg über 5.000.000 € zur Sicherung der Liquidität des Klinikums beschlossen. Die Bürgschaftserklärung vom 11.12.2013 für den Kontokorrentkredit wurde mit Verfügung des Regierungspräsidiums vom 19.12.2013 kommunalaufsichtlich genehmigt. Die Bürgschaft war zum 31.12.2017 noch nicht in Anspruch genommen worden.

- Bürgschaft für Errichtung eines Parkhauses

Mit Beschluss des Kreistages vom 19.09.2014 wurde eine Ausfallbürgschaft für ein Darlehen der Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg über 3.200.000 € (80 % der Darlehenssumme) für die Errichtung eines Parkhauses beschlossen. Die Bürgschaftserklärung vom 18.12.2014 für das Darlehen wurde mit Verfügung des Regierungspräsidiums vom 14.01.2015 kommunalaufsichtlich genehmigt. Das Gesamtdarlehen bestand zum 31.12.2017 noch in Höhe von 3.733.000,00 €.

- Bürgschaft für Finanzierung der Beteiligung an der HKZ Klinikum Hersfeld-Rotenburg GmbH

Mit Beschluss des Kreistages vom 19.09.2016 wurde eine Ausfallbürgschaft für ein Darlehen der Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg über 8.000.000 € für die Finanzierung an der Beteiligung an der HKZ Klinikum Hersfeld-Rotenburg GmbH beschlossen. Die Bürgschaftserklärung vom 08.12.2016 für das Darlehen wurde mit Verfügung des Regierungspräsidiums vom 15.12.2016 kommunalaufsichtlich genehmigt. Das Darlehen bestand zum 31.12.2017 noch in Höhe von 7.632.486,47 €.

3.1.6 Vorliegen der Voraussetzung des § 121 Abs. 1 HGO

Bei der Klinikum Bad Hersfeld GmbH und den Tochtergesellschaften handelt es sich um Einrichtungen des Gesundheitswesens. Gemäß § 121 Abs. 2 HGO gelten derartige Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung mit der Folge, dass für sie die Zulässigkeitsbeschränkungen des § 121 Abs. 1 HGO nicht gelten.

3.1.7 Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

Gemäß § 286 Abs. 4 HGB wurde im Prüfungsbericht auf die Angabe der Bezüge des Geschäftsführers verzichtet. Die Angabe kann unterbleiben, wenn daraus Rückschlüsse auf die Bezüge einer einzelnen Person möglich sind.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben Aufwandsentschädigungen und Fahrtkostenerstattungen in Höhe von 14.688,80 € (2016=17.992,80 €) erhalten.

3.1.8 Zahlen, Daten, Fakten (Konzernabschluss)**Gewinn- und Verlustrechnung**

	31.12.2016	31.12.2017
Gesamtleistung	185.309.384,80 €	200.678.092,50 €
Betriebsergebnis	-512.257,73 €	-2.770.917,90 €
Finanzergebnis	-921.101,79 €	-1.086.436,49 €
Ergebnis nach Steuern	-1.512.389,27 €	-3.919.190,82 €
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-1.519.488,88 €	-4.133.150,78 €

Bilanz

	31.12.2016	31.12.2017
Anlagevermögen	116.072.208,52 €	116.300.356,62 €
Umlaufvermögen	41.103.227,38 €	70.691.721,23 €
Eigenkapital	14.440.805,54 €	10.307.654,76 €
Sonderposten ¹	57.336.671,31 €	57.299.867,58 €
Rückstellungen	10.658.893,97 €	13.710.719,54 €
Verbindlichkeiten	74.929.948,78 €	105.536.977,88 €
Bilanzsumme²	157.610.901,15 €	187.253.788,43 €

¹ Inklusive Sonderposten aus nicht verwendeten Zuschüssen

² inklusive Rechnungsabgrenzungsposten

3.2 Kreisaltenpflege Hersfeld-Rotenburg GmbH

Sitz:	36272 Niederaula Telefon: (0 66 25) 1 09-0, Telefax: (0 66 25) 1 09-1 99 E-Mail: kreisaltenpflege-niederaula@t-online.de
Postanschrift:	Berliner Straße 5, 36272 Niederaula
Aufgabe:	<p>Zweck der Gesellschaft ist die bedarfsgerechte und wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen, wirtschaftlich gesicherten Alten- und Pflegeheimen, die zweckmäßige und ausreichende Versorgung der in diesen Heimen betreuten alten und pflegebedürftigen Menschen sowie die bedarfsgerechte Versorgung von außerhalb dieser Heime lebenden alten und pflegebedürftigen Menschen durch einen Mahlzeitendienst.</p> <p>Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Kreisaltenheime in Niederaula und Rotenburg a.d.Fulda sowie evtl. weiterer Kreisaltenheime und aller damit verbundenen zweckdienlichen Einrichtungen.</p>
Gründung:	1999, von 1996 bis 1998 Eigenbetrieb
Handelsregister:	Amtsgericht Bad Hersfeld, HR B 803
Stammkapital:	1.534.000 EUR
Gesellschafter:	Landkreis Hersfeld-Rotenburg (100 %)
Aufsichtsrat:	Dr. Michael H. Koch (Vorsitzender), Elke Kühholz (stellv. Vorsitzende), Beate Niebling-Ratz, Beate Lampersbach, Werner Ewald; Bernd Stahl, Petra Wiesenberg, Wolfgang Curth, Dana Kerst, Stefan Wild, Hans-Georg Vierheller, Thomas Rohrbach, Friedhelm Wollenhaupt
Geschäftsführer:	Armin Tränker Stellvertreterin: Bettina Wolf
Jahresabschluss:	per 31.12.2017
Abschlussprüfer:	Prof. Dr. Ludewig u. Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Kassel - Prüfbericht vom 29.05.2018
Beteiligungen:	KEAM Kommunale Energie aus der Mitte GmbH (0,5 % seit 2017)

3.2.1 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Kreisaltenpflege Hersfeld-Rotenburg GmbH betreibt je ein Altenheim in Niederaula und Rotenburg a.d.Fulda. Von 1996 bis 1998 wurden die beiden Heime als Eigenbetrieb des Landkreises Hersfeld-Rotenburg geführt, davor waren sie Regiebetrieb des Landkreises.

Mit der Inbetriebnahme des Ersatzneubaus in Rotenburg a.d.Fulda und des Hausgemeinschaftsmodells in Niederaula stehen in Niederaula 163 Pflegeplätze (2016=163) und 10 Tagespflegeplätze (2016=10) sowie in Rotenburg 99 Pflegeplätze (2016=99) zur Verfügung. In 2017 waren durchschnittlich 292 (2016=289) Personen beschäftigt.

Die Vorhaltung und der Betrieb von Altenpflegeheimen ist der Daseinsvorsorge zuzurechnen, wobei es für den Landkreis keine gesetzliche Verpflichtung gibt, selbst Altenpflegeeinrichtungen vorzuhalten und zu betreiben. Neben den kreiseigenen Altenpflegeheimen existieren privatwirtschaftlich oder auch in der Trägerschaft von Kirchen und anderen Organisationen (AWO) betriebene Heime.

Gleichwohl gibt es aber auch ein öffentliches Interesse, an diesem Markt Anteil zu haben, denn ein Großteil der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner empfängt Grundsicherungsleistungen. In 2017 hat der Landkreis für Heimpflegekosten 3.804.637 € (2016=4.788.671 €) aufgewandt.

Obwohl sich die beiden Einrichtungen der Kreisaltenpflege im mittleren und oberen Drittel der Preisskala für Heimentgelte im Landkreis Hersfeld-Rotenburg bewegen, hält die Geschäftsleitung diese Vorgehensweise vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Arbeitskräftemangels im Pflegesektor doch für die strategisch richtige Entscheidung.

Um sich am Markt behaupten zu können, setzt die Kreisaltenpflege auf Ausbildung, gezielte Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter(innen) sowie kontinuierliche Weiterentwicklung des Qualitätsmanagements. Die hohe Auslastung zeigt den Erfolg dieser Strategie. Die Kreisaltenpflege Hersfeld-Rotenburg GmbH rechnet mit einer steigenden Zahl der pflegebedürftigen Menschen aufgrund des demographischen Wandels und hebt sich durch das Konzept und Angebot von den Konkurrenten ab, z.B. mit der Tagespflege, der Kurzzeitpflege, dem Hausgemeinschaftsmodell, der Cafeteria und dem Mobilen Mittagstisch.

3.2.2 Grundzüge des Geschäftsverlaufes und Informationen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens

Im Jahr 2017 konnten beide Einrichtungen eine sehr gute Auslastung von über 99 % erreichen. Freie Plätze konnten relativ schnell wieder nachbelegt und die prognostizierten Pflegegrade konnten erreicht werden.

Die Gesamtleistung ist von 10.934.107,70 € in 2016 auf 11.402.854,02 € gestiegen. Dies entspricht einer Erhöhung um 4,29 % (2016=-9,55 %). Dies ist im Wesentlichen zurückzuführen auf eine Erhöhung der Erträge aus ambulanter, teilstationärer und vollstationärer Pflege sowie aus Kurzzeitpflege. Begründet ist dies durch neue Pflegesatzvereinbarungen ab dem 01. Januar 2017.

Der Personalaufwand weist einen Anstieg um 282.989,60 € (+3,67 %) auf und beträgt im Berichtsjahr 7.994.300,13 €. Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl ist mit 292 um durchschnittlich 3 Mitarbeiter im Vergleich zum Vorjahr angewachsen. Damit resultiert der Anstieg im Wesentlichen aus der Tarifsteigerung und der Mehrpersonalisierung.

Die Materialaufwendungen und die sonstigen zahlungswirksamen betrieblichen Aufwendungen sind in 2017 um 27,95 % auf 2.449.347,10 € (2016=1.914.335,22 €) – im Wesentlichen durch umfangreiche Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen - angestiegen. Die Abschreibungen sind von 688.363,88 € auf 645.542,84 € gesunken.

Die Zinsen und ähnliche Erträge haben sich im Vergleich zum Vorjahr geringfügig um 155,76 € auf 162,94 € reduziert.

Die Kreisaltenpflege wies in 2017 einen Jahresüberschuss von 287.998,94 € (2016=546.546,12 €) aus. Der Jahresüberschuss in 2017 setzt sich zusammen aus dem Jahresfehlbetrag des Kreisaltenheims in Niederaula in Höhe von 98.532,57 € und dem Jahresüberschuss von 386.531,51 € des Kreisaltenzentrums Rotenburg.

Entscheidend für das positive Ergebnis war ein solides Betriebsergebnis bei zeitgleicher Realisation von Einsparungen im Sachkostenbereich. Jedoch haben umfangreiche Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen am Standort Niederaula das Jahresergebnis maßgeblich beeinflusst.

Mit der Fertigstellung des Ersatzneubaus in Rotenburg und des Hausgemeinschaftsmodells in Niederaula mit einer Gesamtinvestitionssumme von 12.536.000 € bestehen hohe Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie gegenüber Gesellschaftern. Der Gesamtbetrag hat sich von 6.903.887,10 € in 2016 auf 6.377.932,15 € in 2017 vermindert. Die Tilgungsleistungen haben 2017 525.954,95 € (2016=446.009,68 €) betragen. Insgesamt setzen sich die Darlehen wie folgt zusammen:

Darlehen	Zinssatz p.a. %	Stand zum 31.12.2016	Stand zum 31.12.2017
VR-Bank Bad Hersfeld-Rotenburg	1,98	2.347.835,00 €	2.251.835,00 €
Sparkasse 627.031.988	4,33	32.209,16 €	29.055,85 €
Sparkasse 627.031.995	4,96	159.334,22 €	140.265,19 €
Sparkasse 627.032.004	4,11	109.912,75 €	82.862,93 €
Sparkasse 627.032.011	4,94	775.623,73 €	678.318,51 €
Sparkasse 627.032.028	4,11	61.157,93 €	48.768,68 €
Sparkasse 627.040.876	3,65	1.644.500,00 €	1.575.500,00 €
Sparkasse 627.041.411	4,67	109.500,00 €	105.000,00 €
Sparkasse 627.042.197	5,10	100.612,00 €	71.686,00 €
LTH Baudarlehen 7180466034	0,50	120.828,43 €	114.982,99 €
LTH Baudarlehen 7275257033	0,50	45.171,14 €	43.794,10 €
LTH Darlehen 7500026667	unverzinslich	600.000,00 €	525.000,00 €
LTH Darlehen 7500026668	unverzinslich	540.000,00 €	480.000,00 €
LTH Investitionsfonds 7500026669	unverzinslich	150.000,00 €	135.000,00 €
LTH Investitionsfonds 7500026670	unverzinslich	107.202,74 €	95.862,90 €
Kreditvolumen insgesamt:		6.903.887,10 €	6.377.932,15 €

Die im Jahr 2012 im Kreisaltenheim Niederaula begonnene und in den darauffolgenden Jahren fortgeführte umfangreiche energetische Sanierung wurde im Jahr 2017 abgeschlossen. Neben dem Austausch der Fensteranlagen und der Installation von elektrisch betriebenen Außenjalousien im Zentral- und Westbau des Kreisaltenheimes und der Fassadenrenovierung in diesem Bereich, wurde die Balkonanlage aufwendig saniert und eine umfangreiche Erweiterung der Brandmeldeanlage im gesamten Gebäudekomplex vorgenommen. Die noch ausstehenden Restarbeiten werden im 1. Quartal 2018 fertiggestellt.

Allerdings hat die Sanierung am Kreisaltenheim Niederaula sowie die erforderlichen Instandhaltungsmaßnahmen im Berichtsjahr – wie in den vorangegangenen Jahren auch - die Liquidität und das Jahresergebnis deutlich beeinflusst. Dennoch ist die Liquidität der Gesellschaft in 2017 jederzeit gegeben.

3.2.3 Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis

Kapitalzuführungen oder Kapitalentnahmen durch den Landkreis haben in 2017 nicht stattgefunden.

Der Vollständigkeit halber wird unter dieser Ziffer darauf hingewiesen, dass der Landkreis Hersfeld-Rotenburg das Grundstück mit aufstehenden Gebäuden „Am Emanuelsberg 7“ in Rotenburg in sein

Eigentum übernommen hat. Das Grundstück diente bis zur Inbetriebnahme des Ersatzneubaus in Rotenburg als Kreisaltenzentrum.

Im Juni 2014 konnte das Grundstück mit aufstehenden Gebäuden veräußert werden. Die HoRo Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft für Bauwesen mbH, Bebra (Herr Holzhauer) ist auf Basis des Kaufvertrages vom Juni 2014 seit Grundbucheintrag vom 10.02.2016 Eigentümer der betreffenden Flurstücke und der Objekte (ehemaliges Kreisaltenzentrum sowie ehemalige Heizzentrale).

Für den Fall, dass die HoRo GmbH bis 30.06.2018 die Gebäude auf den betreffenden Flurstücken nicht abgerissen hat, konnte der Landkreis die entschädigungslose Rückübereignung der Grundstücke verlangen. Dieser bedingte Rückübereignungsanspruch ist in dem entsprechenden Grundbuchauszug festgeschrieben. Da die HoRo Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft für Bauwesen mbH, Bebra den Rückbau nicht bis zum vorgenannten Fristende realisierte, hat Landrat Dr. Koch nach vorheriger Ermächtigung durch den Kreisausschuss den Rückübereignungsanspruch im Namen des Landkreises geltend gemacht und die vorgenannte Gesellschaft im Hinblick auf das Verstreichen von Rückübereignungsfristen im September 2018 zur Abgabe einer entsprechenden Willenserklärung verklagt.

3.2.4 Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises

Die Haushaltswirtschaft des Landkreises wird durch die Gesellschaft direkt weder belastet noch entlastet. Als gemeinnützige GmbH sind keine Gewinnausschüttungen an den Gesellschafter möglich.

Der Landkreis erbringt für die Gesellschaft Dienstleistungen überwiegend im Bereich Hochbau. Hierfür hat der Landkreis in 2017 als Kostenerstattung 30.256,08 € (2016=22.524,37 €) erhalten.

3.2.5 Haftungsverhältnisse

Folgende Haftungsverhältnisse bestehen zwischen der Gesellschaft und dem Landkreis:

- Bürgschaft ZVK

Vom Landkreis wurde der Gesellschaft eine Bürgschaft für die Ansprüche durch die Aufnahme der Gesellschaft in die Zusatzversorgungskassen der Gemeinden und Gemeindeverbände des Regierungsbezirks Kassel gewährt. Vorausgegangen war ein Beschluss des Kreistages vom 28.06.1999 über die Umwandlung des Eigenbetriebs „Alten- und Pflegeeinrichtungen des Landkreises Hersfeld-Rotenburg“ in eine gemeinnützige GmbH. In § 3 Abs. 2 des Personalüberleitungsvertrages ist geregelt, dass die Kreisaltenpflege Hersfeld-Rotenburg GmbH zum Stichtag die Aufnahme bei der Zusatzversorgungskasse des kommunalen Versorgungsverbandes beantragt und der Landkreis Hersfeld-Rotenburg andererseits eine Verpflichtungserklärung über die Gewährträgerschaft (Bürgschaft) abgibt. Die Bürgschaftserklärung vom 26.08.1999 wurde durch das Regierungspräsidium Kassel am 04.09.2000 genehmigt.

Die Bürgschaft umfasst im Wesentlichen eine Absicherung aller Ansprüche der Zusatzversorgungskasse aus der Mitgliedschaft der Kreisaltenpflege Hersfeld-Rotenburg GmbH durch den Gewährträger Landkreis Hersfeld-Rotenburg ohne zeitliche Beschränkung und Einschluss der Ansprüche im Falle der Beendigung der Mitgliedschaft.

3.2.6 Vorliegen der Voraussetzung des § 121 Abs. 1 HGO

Bei der Kreisaltenpflege Hersfeld-Rotenburg GmbH handelt es sich um eine soziale Einrichtung der Daseinsvorsorge. Gemäß § 121 Abs. 2 HGO gelten derartige Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung mit der Folge, dass für sie die Zulässigkeitsbeschränkungen des § 121 Abs. 1 HGO nicht gelten.

3.2.7 Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

Gemäß § 286 Abs. 4 HGB wurde im Prüfungsbericht auf die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung verzichtet. Die Angabe kann unterbleiben, wenn daraus Rückschlüsse auf die Bezüge einer einzelnen Person möglich sind.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben in 2017 Aufwandsentschädigungen in Höhe von 2.337,80 € (2016=1.162,80 €) erhalten.

3.2.8 Zahlen, Daten, Fakten

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2016	31.12.2017
Gesamtleistung	10.934.107,70 €	11.402.854,02 €
Betriebsergebnis	776.809,07 €	469.737,95 €
Finanzergebnis	-230.262,95 €	-181.739,01 €
Ergebnis nach Steuern	546.546,12 €	287.998,94 €
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	546.546,12 €	287.998,94 €

Bilanz

	31.12.2016	31.12.2017
Anlagevermögen	14.161.464,11 €	13.572.344,11 €
Umlaufvermögen	2.173.921,33 €	2.526.791,38 €
Eigenkapital	4.227.984,95 €	4.515.983,89 €
Sonderposten	3.787.292,34 €	3.631.218,34 €
Rückstellungen	1.032.402,76 €	1.158.046,16 €
Verbindlichkeiten	7.339.238,27 €	6.872.206,56 €
Bilanzsumme	16.386.918,32 €	16.177.454,95 €

3.3 Dienstleistungs- und Gründerzentrum Bad Hersfeld GmbH (dgz)

Sitz:	36251 Bad Hersfeld Telefon: (0 66 21) 9 44-0 Telefax: (0 66 21) 9 44-1 01 E-Mail: buero@dgz-bad-hersfeld.de Internet: www.dgz-bad-hersfeld.de
Postanschrift:	Leinenweberstraße 1-3, 36251 Bad Hersfeld
Aufgabe:	Gegenstand der Gesellschaft ist die Planung, Errichtung, Verwaltung sowie das Betreiben und Managen eines Dienstleistungs- und Gründerzentrums in Bad Hersfeld, das Existenzgründer bei der Gründung und in den ersten Jahren ihrer Entwicklung besonders fördert und betreut, insbesondere auch im Hinblick auf mögliche gemeinsame Marketingaktivitäten.
Gründung:	1995
Handelsregister:	Amtsgericht Bad Hersfeld, HR B 618
Stammkapital:	106.000,00 EUR
Gesellschafter:	Landkreis Hersfeld-Rotenburg (100 %)
Aufsichtsrat:	-
Geschäftsführer:	Bernd Rudolph, Dipl.-Betriebswirt
Prokura:	Martin Glöckner
Jahresabschluss:	per 31.12.2017
Abschlussprüfer:	Prof. Dr. Ludewig und Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Kassel - Prüfbericht vom 19.10.2018
Beteiligungen:	keine

3.3.1 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Mit dem Dienstleistungs- und Gründerzentrum in Bad Hersfeld sollten insgesamt drei Ziele erreicht werden, und zwar

- a) Leistung eines Beitrages bei der zivilen Nutzung der ehemaligen US-Kaserne in Bad Hersfeld
- b) Zusammenfassung von verschiedenen Einrichtungen und Dienstleistungen für die Wirtschaft an einer Stelle (Haus der Wirtschaft – Dienstleistungszentrum)
- c) Vorhaltung eines besonders kostengünstigen, aber hochwertigen Raumangebotes in Verbindung mit Dienstleistungen für Existenzgründer.

Mit dem Kauf und der hochwertigen Sanierung des 1. Kasernenblocks auf der westlichen Seite des US-Kasernengeländes wurde dieses Vorhaben räumlich umgesetzt. Bei einem Aufwand von 1,86 Mio. € konnten 2.626 qm Hauptnutzfläche für die genannten Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Durch die Aktivitäten des Service-Zentrums der IHK Kassel-Marburg, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, des Regionalforums Hersfeld-Rotenburg und der weiteren im dgz ansässigen Unternehmen ist das Dienstleistungs- und Gründerzentrum zu einem Service- und Kompetenzzentrum für die heimische Wirtschaft geworden.

Ein zentraler Aspekt für die Wirtschaftlichkeit der Gesellschaft ist die Vermietung von Büroflächen an Existenzgründer, Unternehmen und Institutionen. Die Vorhaltung von kostengünstigen und hochwertigen Flächen für Existenzgründer wird durch einen bezahlbaren Mietpreis für Existenzgründer gegenüber den übrigen Nutzern erreicht. Die öffentliche Förderung für das Projekt war ausschließlich für den Existenzgründerteil zu verwenden. Zentrale Dienstleistungen für Existenzgründer werden über den gemeinsamen Empfang des Zentrums angeboten.

Damit wird der öffentliche Zweck auch weiterhin erfüllt. Die Vorteile des dgz liegen in dem barrierefreien Zugang, der guten technischen Ausstattung, dem Serviceangebot und der räumlichen Nähe zur Autobahn.

3.3.2 Grundzüge des Geschäftsverlaufes sowie Informationen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens

Die Gesamtleistung des Dienstleistungs- und Gründerzentrums Bad Hersfeld GmbH ist im Geschäftsjahr 2017 um 1.398,30 im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen auf 301.908,57 € (2016=303.306,87 €). Das Jahresergebnis hat sich gegenüber 2016 um 10.930,02 € verringert. Das Jahr 2017 schließt mit einem Jahresüberschuss von 16.265,22 € ab.

Der Personalaufwand hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 5.054,98 € auf 121.678,56 € erhöht. Auch die Abschreibungen (+162,17 auf 32.823,73 €) und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+4.410,52 € auf 101.508,85 €) sind gestiegen. Der Materialaufwand (-1.190,90 € auf 9.653,26 €) und der Zinsaufwand (-269,74 € auf 11.325,64 €) konnten hingegen gesenkt werden.

Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahr um 23.101,70 € gesunken. Durch geringe Investitionen und Abschreibungen ist ein buchwertmäßiger Rückgang des Anlagevermögens zu verzeichnen. Der Eigenkapitalanteil inklusive Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen beträgt 36,84 % der Bilanzsumme.

Die Mittelabflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und der Bereitstellung der Kapitaldienste wurden in den Vorjahren durch den Mittelzufluss von Liquiditätshilfen durch den Gesellschafter gedeckt. Die Finanzierung der Gesellschaft in 2017 war gesichert.

Risiken ergeben sich insbesondere aus den einer strukturschwachen Region innewohnenden Marktgegebenheiten, dem allgemeinen Umfeld und rechtlichen Rahmenbedingungen.

Zum 31.12.2017 waren die Büroräume des dgz vollständig vermietet. 18 Mieter stellten insgesamt rund 70 Arbeitsplätze. Das dgz selbst stellt eine Vollzeit-, zwei Teilzeitarbeitsplätze und drei Stellen mit geringfügiger Beschäftigung zur Verfügung. Zielsetzung für das Jahr 2018 ist, die Belegung konstant auf einem hohen Niveau zu halten.

3.3.3 Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis

Bereits im Jahr 2012 fand durch den Gesellschafter Landkreis Hersfeld-Rotenburg eine Erhöhung des Stammkapitals der Gesellschaft um 80.435,41 € auf 106.000,00 € statt, um langfristig die Liquidität des Dienstleistungs- und Gründerzentrums zu sichern. 2017 gab es keine weiteren Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis.

3.3.4 Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises

Im Jahr 2017 hatte das dgz keinerlei Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises. Allerdings bedurfte das dgz ab 2009 einer Zuführung von Liquidität, da bei gleichbleibender Geschäftslage pro Jahr 20.000 - 25.000 € mehr an Tilgung – bedingt durch ein Darlehen des Investitionsfonds – anfallen, als durch Gewinne verdient werden. Bis 2009 reichten die Kapitalrücklagen noch aus, um die Liquidität sicherzustellen. In 2009 wurde erstmals ein Gesellschafterdarlehen zur Sicherung der Liquidität in Höhe von 20.000 € gegen die Erstattung der Zinsen bereitgestellt. 2010 wurde dieser Betrag auf 40.000 €, im Jahr 2011 auf 60.000 € und 2012 auf einen kumulierten Betrag von 80.000 € erhöht, wobei im Juli 2012 bereits hiervon eine Rückzahlung in Höhe von 40.000 € erfolgte. Eine weitere Erhöhung des Gesellschafterdarlehens um jeweils 20.000 € fand 2013, 2014, 2015 und 2016 statt auf einen Gesamtbetrag von 120.000 €, wobei eine jährliche Tilgung ab 2017 erfolgt (siehe 3.3.5).

3.3.5 Haftungsverhältnisse

Folgende Kredite und Bankverbindlichkeiten bestehen zum 31.12.2017:

		31.12.2016	31.12.2017
1.	Darlehen Sparkasse Hersfeld-Rotenburg, Zinssatz: 1,84 %	579.793,70 €	559.602,21 €
2.	Liquiditätsdarlehen des Landkreises Hersfeld-Rotenburg	120.000,00 €	110.000,00 €
	Summe Kredite	699.793,70 €	669.602,21 €

zu 1: Das Darlehen der Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg ist durch eine Bürgschaft des Landkreises Hersfeld-Rotenburg gesichert. Im Gegenzug ist für den Landkreis Hersfeld-Rotenburg eine Grundschuld in Höhe von 4,55 Mio. DM an 1. Rangstelle im Grundbuch eingetragen. Zusätzlich besteht zum 31.12.2017 bei der Sparkasse Hersfeld-Rotenburg eine Kontokorrentschuld in Höhe von 686,90 €.

zu 2: Die Tilgungsraten, insbesondere für das gewährte Investitionsdarlehen, konnten nicht durch die erwirtschafteten Gewinne des dgz aufgebracht werden. Nachdem alle Liquiditätsreserven aufgebraucht sind, wurde seit 2009 eine Liquiditätsbeihilfe in Höhe von 20.000 Euro p. a. benötigt, die durch die Kapitalerhöhung in 2012 teilweise zurückgezahlt wurde (siehe hierzu 3.3.4). Im Jahr 2015 wurde die Erhöhung der Liquiditätshilfe um weitere 40.000 € beschlossen, die Tilgung begann am 30.06.2017 (nach der vollständigen Tilgung des Investitionsfondsdarlehens im Jahr 2016) mit jährlichen Tilgungsraten in Höhe von 10.000 €.

3.3.6 Vorliegen der Voraussetzung des § 121 Abs. 1 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen vor, weil diese Beteiligung nicht vorrangig als wirtschaftliche Betätigung angesehen werden kann, sondern eine freiwillige Leistung im Rahmen der Struktur- und Regionalentwicklung darstellt. Die Beteiligung steht auch in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Landkreises.

3.3.7 Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

Auf die Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wurde verzichtet, weil daraus Rückschlüsse auf die Bezüge einer einzelnen Person möglich sind.

Ein Aufsichtsrat oder Beirat besteht nicht.

3.3.8 Zahlen, Daten, Fakten

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2016	31.12.2017
Gesamtleistung	303.306,87 €	301.908,57 €
Betriebsergebnis	46.079,24 €	36.244,17 €
Finanzergebnis	-11.595,38 €	-11.325,64 €
Ergebnis nach Steuern	34.483,86 €	24.918,53 €
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	27.195,24 €	16.265,22 €

Bilanz

	31.12.2016	31.12.2017
Anlagevermögen	1.093.229,61 €	1.061.313,11 €
Umlaufvermögen	38.563,55 €	47.378,41 €
Eigenkapital	201.834,73 €	218.099,95 €
Sonderposten	197.185,00 €	190.538,00 €
Rückstellungen	15.769,05 €	17.971,86 €
Verbindlichkeiten	717.257,70 €	682.651,16 €
Bilanzsumme³	1.132.362,67 €	1.109.260,97 €

³ inklusive Rechnungsabgrenzungsposten

3.4 Schulservice Hersfeld-Rotenburg gGmbH

Sitz:	36199 Rotenburg an der Fulda Telefon: (0 66 23) 817-1483 Telefax: (0 66 23) 817-1490 E-Mail: schulservice@hef-rof.de
Postanschrift:	Pestalozzistraße 7, 36199 Rotenburg an der Fulda
Aufgabe:	Gegenstand der Gesellschaft ist die Unterstützung von Schulen bei Betreuungs- und Ganztagsangeboten, insbesondere durch die Anstellung von Beschäftigten in der Essensausgabe, in Schulbibliotheken und von Betreuungspersonal. Außerdem die kaufmännische Betreuung der Fördervereine, die Unterstützung der Fördervereine bei der Erstellung von kaufmännischen Tätigkeiten (wie z. B. die Erstellung von Verwendungsnachweisen) sowie die Verwaltung von Mitteln (Landesmitteln, Elterngeldern) für die Durchführung des Betreuungsangebotes.
Gründung:	2017
Handelsregister:	Amtsgericht Bad Hersfeld, HRB 2790
Stammkapital:	25.000,00 EUR
Gesellschafter:	Landkreis Hersfeld-Rotenburg (100 %)
Aufsichtsrat:	-
Geschäftsführerin:	Anja Csenar
Prokura:	Bianca Becker
Jahresabschluss:	per 31.12.2017
Abschlussprüfer:	sb+p Strecker, Berger + Partner, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Kassel, Prüfbericht vom 03.08.2018
Beteiligungen:	keine

3.4.1 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Schulservice Hersfeld-Rotenburg gGmbH wurde am 25. Januar 2017 gegründet. Sie ist eine hundertprozentige Tochter des Landkreises Hersfeld-Rotenburg.

Gegenstand der Gesellschaft ist die Unterstützung von Schulen bei Betreuungs- und Ganztagsangeboten, insbesondere durch die Anstellung von Beschäftigten in der Essensausgabe, in Schulbibliotheken und von Betreuungspersonal. Außerdem die kaufmännische Betreuung der Fördervereine, die Unterstützung der Fördervereine bei der Erstellung von kaufmännischen Tätigkeiten (wie z. B. die Erstellung von Verwendungsnachweisen) sowie die Verwaltung von Mitteln (Landesmitteln, Elternentgelten) für die Durchführung des Betreuungsangebotes.

Der Landkreis Hersfeld-Rotenburg sieht den Ausbau der Nachmittagsbetreuung an den Schulen als wesentlichen Standortfaktor und hat sich zum Ziel gesetzt, eine Struktur zu schaffen, die den Schulen und Fördervereinen eine verlässliche Unterstützung anbietet. Hiermit soll insbesondere die flächendeckende Teilnahme der Grundschulen am Landesprogramm „Pakt für den Nachmittag“ erreicht werden. Vom Landkreis als Schulträger erhält die Gesellschaft alle erforderlichen finanziellen Mittel, um eine ganztägige Betreuung an den kreiseigenen Schulen anzubieten.

3.4.2 Grundzüge des Geschäftsverlaufes sowie Informationen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens

Zu Beginn des Gründungsjahres wurden die Beschäftigten in der Essensausgabe und in den Schulbibliotheken übernommen, die bisher bei der Beschäftigungsgesellschaft VIA beschäftigt waren. Dies waren zum 25. Januar 2017 32 Beschäftigte in der Essensausgabe und 8 Beschäftigte in den Schulbibliotheken.

Im Rumpfgeschäftsjahr 2017 hat die Gesellschaft folgende Dienstleistungen angeboten:

- Die Unterstützung bei der Erstellung von Verwendungsnachweisen für die Landesmittel des Ganztagsprogramms.
- Die Anstellung von Betreuungskräften im Auftrag der Fördervereine. Die Regelung erfolgt über einen Kooperationsvertrag zwischen Förderverein, Schulleitung, Landkreis und Schulservice gGmbH.
- Die vollständige Verwaltung der Landesgelder und die Erstellung der Verwendungsnachweise sowie die Anstellung des Betreuungspersonals für die Schule. Hierfür werden die anteiligen Landesmittel für Verwaltungsausgaben einbehalten und an den Landkreis Hersfeld-Rotenburg erstattet. Die Höhe der Verwaltungskosten orientiert sich an dem jeweiligen Landesprogramm, an dem die Schule teilnimmt. Die Regelung erfolgt über ein Kooperationsvertrag zwischen Schulleitung, Landkreis und Schulservice gGmbH. Grundlage ist das jeweilige Konzept, welches die Schulleitung erstellt.
- Bei Anstellung von Personal durch den Förderverein übernimmt der Landkreis, wenn gewünscht, die Kosten für die Lohnabrechnung durch einen externen Steuerberater.

Zum 31. Dezember 2017 hatte die Gesellschaft einen Stand von 64 Beschäftigten, davon 38 Beschäftigte in der Essensausgabe, 16 Beschäftigte in den Schulbibliotheken und 10 Beschäftigte in der Betreuung. 26 Personen haben eine Honorarabrechnung erhalten. Hierüber wird das Ganztagsangebot an zwei Gesamtschulen abgewickelt (vorheriger Vertragspartner war die VHS).

Im Berichtsjahr ist ein Jahresüberschuss in Höhe von 1.632,58 € entstanden. Insgesamt wurden 427.665,46 € an Personalaufwendungen zahlbar gemacht. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Einstellung in den Schulbibliotheken und im Betreuungsbereich. Dem gegenüber stehen die Einnahmen aus den Landesmitteln der Schulen. Das Eigenkapital der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 beträgt 26.632,58 €.

Da die Schulservice Hersfeld-Rotenburg gGmbH vom Landkreis als Schulträger den Auftrag hat, eine ganztägige Organisation an kreiseigenen Schulen nach Maßgabe von § 15 Hessisches Schulgesetz anzubieten, erhält sie vom Schulträger die erforderlichen finanziellen Mittel, u.a. um geeignetes

Personal zu akquirieren, anzustellen und ein gemeinsames pädagogisches Konzept nach Maßgabe der öffentlich-rechtlichen Bestimmungen und der einschlägigen Ganztagsrichtlinien etc. zu verfolgen und umzusetzen.

Die übersteigenden Personalkosten, die nicht durch Landesmittel gedeckt sind, werden durch den Landkreis nach Vorlage der tatsächlichen Kosten erstattet. Die im Rahmen des Landesprogramms „Ganztägig arbeitende Schule“ bzw. „Pakt für den Nachmittag“ überwiesenen Landesmittel (Mittel statt Stelle) können entsprechend der Vorgaben des Landes mit einem Verwaltungskostenanteil durch die Schulservice Hersfeld-Rotenburg gGmbH abgerechnet werden.

3.4.2 Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis

Kapitalzuführungen und –entnahmen fanden - außer der Stammkapitalzuführung durch den Landkreis bei Gründung der Gesellschaft - nicht statt.

3.4.4 Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises

Grundsätzlich erstattet der Landkreis Hersfeld-Rotenburg sämtliche Aufwendungen der Schulservice Hersfeld-Rotenburg gGmbH, die nicht durch anderweitige Erträge gedeckt sind.

3.4.5 Haftungsverhältnisse

Der Landkreis Hersfeld-Rotenburg hat für die Schulservice Hersfeld-Rotenburg gGmbH keine Bürgschaften übernommen und auch sonstige Haftungsverhältnisse bestehen nicht – außer die Erstattung der Aufwendungen (siehe 3.4.4).

3.4.6 Vorliegen der Voraussetzung des § 121 Abs. 1 HGO

Bei der Schulservice Hersfeld-Rotenburg gGmbH handelt es sich um eine Einrichtung auf dem Gebiet des Bildungswesens, da sie vom Landkreis als Schulträger den Auftrag hat, eine ganztägige Organisation an kreiseigenen Schulen nach Maßgabe von § 15 Hessisches Schulgesetz anzubieten.

Gemäß § 121 Abs. 2 HGO gelten derartige Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung mit der Folge, dass für sie die Zulässigkeitsbeschränkungen des § 121 Abs. 1 HGO nicht gelten.

3.4.7 Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

Die Geschäftsführerin der Schulservice Hersfeld-Rotenburg gGmbH erhält keine unmittelbare Gehaltszahlung durch die Schulservice Hersfeld-Rotenburg gGmbH. Die Leistungen für die Geschäftsführung werden von der Schulservice Hersfeld-Rotenburg gGmbH an den Landkreis nach dem tatsächlichen Aufwand erstattet.

Ein Aufsichtsrat oder Beirat besteht nicht.

3.4.8 Zahlen, Daten, Fakten

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2017
Gesamtleistung	640.275,32 €
Betriebsergebnis	1.632,58 €
Finanzergebnis	0,00 €
Ergebnis nach Steuern	1.632,58 €
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.632,58 €

Bilanz

	31.12.2017
Anlagevermögen	0,00 €
Umlaufvermögen	233.429,49 €
Eigenkapital	26.632,58 €
Rückstellungen	2.975,00 €
Verbindlichkeiten	190.837,96 €
Bilanzsumme⁴	233.829,49 €

⁴ inklusive Rechnungsabgrenzungsposten

3.5 Hersfelder Eisenbahn GmbH – HEG

Sitz:	36277 Schenklengsfeld
Postanschrift:	Hersfelder Eisenbahn GmbH – HEG, c/o Hessische Landesbahn GmbH – HLB, Am Hauptbahnhof 18, 60329 Frankfurt Telefon: (0 69) 24 25 24 0, Telefax: (0 69) 24 25 24 60 E-Mail: Mail@HLB-online.de
Aufgabe:	Gegenstand der Gesellschaft ist der Bau und Betrieb von Eisenbahnen und anderen Verkehrsunternehmen, insbesondere der Betrieb und die Einrichtung von Kraftverkehrsunternehmen und die Durchführung des Schülerverkehrs, vorrangig im Verkehrsgebiet der früheren Hersfelder Kreisbahn sowie die Vermietung und die Verpachtung der Infrastruktur.
Gründung:	1983, vorher Eigenbetrieb des Landkreises
Handelsregister:	Amtsgericht Bad Hersfeld HR B 257
Stammkapital:	153.387,56 EUR
Stammeinlage Hersfeld-Rotenburg:	Landkreis 75.159,90 EUR
Gesellschafter:	Hessische Landesbahn GmbH – HLB (51 %) Landkreis Hersfeld-Rotenburg (49 %)
Aufsichtsrat:	Der Aufsichtsrat ist gemäß geändertem Gesellschaftervertrag ab dem 21.07.2005 entfallen.
Geschäftsführer:	Veit Salzmann
Prokura:	Peter Runge, Jochen Fink, Carsten Hessler, Stefan Schulz
Jahresabschluss:	per 31.12.2017
Abschlussprüfer:	Prof. Dr. Ludewig und Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Kassel - Prüfbericht vom 27.04.2018
Beteiligungen:	keine

3.5.1 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Omnibus- und Bahnbetrieb

Durch den Verlust von vier bedeutenden Omnibuslinien zum 21.08.2005 hat die HEG fast alle Busverkehrsdienstleistungen im öffentlichen Linienverkehr verloren. Verblieben ist nur noch die Abwicklung des Bürgerbusverkehrs in der Gemeinde Kirchheim. Der zwischen dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg, der HEG und dem Förderverein Bürgerbus Kirchheim e.V. neu abgeschlossene Verkehrsvertrag hat eine Laufzeit vom 13.12.2015 bis 09.12.2023. Gleichzeitig wurde der HEG die Konzession von der Genehmigungsbehörde bis zum Ablauf des Verkehrsvertrages verlängert. Zum anderen erwirtschaftet die HEG noch vorrangig Erträge aus der Personalgestellung für die Unternehmen der HLB-Gruppe sowie aus der Vermietung des Omnibusbetriebshofes in Schenkklengsfeld.

Der Bahnbetrieb ist seit 31.12.1993 von untergeordneter Bedeutung. Die Eisenbahnstrecke Bad Hersfeld – Heimboldshausen ist seit dem 31.12.1993 stillgelegt. Als öffentliche Eisenbahninfrastruktur wird der 1,3 km lange Abschnitt Heimboldshausen – Grubenanschluss Hera der Firma Kali und Salz vorgehalten.

Ein Teil des Eisenbahnstreckenabschnittes zwischen Schenkklengsfeld und Heimboldshausen sowie Betriebsgebäude am Bahnhof Schenkklengsfeld sind im Jahr 2009 für einen symbolischen Preis an den Förderverein Werra-Fulda-Bahn e.V. veräußert worden. Gleichzeitig entfällt damit die Verkehrssicherungspflicht für die HEG. Im Gegenzug hatte der Verein bis einschließlich dem Jahr 2013 einen vertraglich festgesetzten Anspruch auf einen Zuschuss für die Vorhaltung der Infrastruktur.

3.5.2 Grundzüge des Geschäftsverlaufes sowie Informationen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens

Der Geschäftsverlauf der Hersfelder Eisenbahn GmbH – HEG ist durch folgende Ereignisse geprägt:

Die beiden Gesellschafter haben sich darauf verständigt, den operativen Geschäftsbetrieb zum 31.12.2017 einzustellen und danach das Liquiditätsverfahren einzuleiten. Die entsprechenden Gesellschafterbeschlüsse für die formal zum Stichtag 13.02.2018 wirksam werdende Liquidation wurden von der HLB und dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg sowie dem Alleingesellschafter der HLB, dem Land Hessen, gefasst. Zum alleinigen Liquidator der Gesellschaft ist Herr Wolfgang Sprenger bestellt.

Satzungsgemäß endet die Mitgliedschaft der HEG in der kommunalen Zusatzversorgungskasse (KVK), wenn beim Mitglied kein versicherungspflichtiger Arbeitnehmer mehr beschäftigt wird. Dann sind die unverfallbaren Anwartschaften und die Leistungsansprüche von Betriebsrentenbeschäftigten abzulösen. Nach dem versicherungsmathematischen Gutachten über die Höhe der Barwerte der Verpflichtungen aus der Zusatzversorgungskasse sind bei Stilllegung bzw. Liquidation der Gesellschaft Barwerte in Höhe von 2.863.907,00 zum 31.12.2017 abzulösen. Diese werden anteilig je zur Hälfte im Rahmen des Verlustausgleichs vom Landkreis Hersfeld-Rotenburg und der HLB übernommen.

Im Einzelnen stellt sich der Geschäftsverlauf wie folgt dar:

Die Umsatzerlöse stiegen im Jahr 2017 von 259.075,64 € auf 266.516,42 €. Ursächlich für die Entwicklung ist insbesondere der Anstieg der Erlöse aus der Personalgestellung an die cantus Verkehrsgesellschaft mbH. Von den Umsatzerlösen entfallen u. a. 37.768,02 € auf den Umsatz aus Verkehrsleistungen (2016=37.400,72 €) und 176.742,37 € auf Erlöse aus der Personalgestellung (2016=169.554,06 €) sowie 49.196,09 € auf Erlöse aus Vermietungen (2016=52.120,86 €).

Die Erhöhung der sonstigen betrieblichen Erträge von 35.635,24 € im Vorjahr auf 1.597.179,45 € im Berichtsjahr resultiert im Wesentlichen aus dem Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe

von 200.200,00 €. Außerdem ist hierin ein Zuschuss des Landkreises Hersfeld-Rotenburg in Höhe von 1.384.310,65 € enthalten.

Der Personalaufwand erhöhte sich deutlich von 233.947,69 € in 2016 auf 3.098.762,14 € in 2017 aufgrund der Aufwendungen, welche sich aus dem Ausgleichsbetrag nach § 15a der Satzung der Zusatzversorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände des Regierungsbezirks Kassel zum 31.12.2017 gemäß des versicherungsmathematischen Gutachtens der Heubeck AG vom 28.02.2018 ergeben haben. Die Gesellschaft hatte im Berichtsjahr durchschnittlich 5 Beschäftigte (2016=5).

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Leistungen sind im Vergleich zum Vorjahr mit 29.327,87 € nahezu gleich geblieben.

Den Erträgen (inkl. Verlustübernahme durch den Landkreis) von 1.863.695,87 € (2016=294.710,88 €) standen ordentliche Aufwendungen von 3.242.824,65 € (2016=334.272,59 €) sowie ein Finanzergebnis von -2.266,00 € (2016=8.233,00 €) und Steuern von 2.915,87 € (2016=2.262,06 €) gegenüber. Vor Verlustübernahme des Landkreises Hersfeld-Rotenburg und der Muttergesellschaft (Hessische Landesbahn GmbH) beträgt der Jahresfehlbetrag 2.768.621,30 € (2016=67.181,53 €), der aus den Sondereinflussgrößen im Jahr 2017 resultiert.

Das Anlagevermögen hat sich aufgrund von Abschreibungen und Abgängen um 58.423,10 € verringert. Das Anlagevermögen beträgt 9,1 % (2016=62,8 %) der Bilanzsumme und wird zu 53,3 % (2016=44,3 %) durch eigene Mittel gedeckt. Das Umlaufvermögen steigt um insgesamt 2.668.796,26 € auf 2.874.150,12 € und besteht zum größten Teil aus Forderungen gegen verbundene Unternehmen. Die Zunahme der Forderungen gegen verbundene Unternehmen ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der Verlustübernahme durch die HLB um 1.350.719,89 € und auf die Erhöhung des Guthabens im Cash Pool der HLB um 1.308.350,27 € zurückzuführen.

Im Geschäftsjahr 2017 ist als wirtschaftliches Eigenkapital das gezeichnete Kapital in Höhe von 153.387,56 € unverändert bilanziert. Die Eigenkapitalquote beträgt aufgrund der gestiegenen Bilanzsumme 4,9 % (2016=27,8 %).

Die Rückstellungen (beinhalten Jahresabschlusskosten, Umlageverpflichtung Versicherungsverband Dt. Eisenbahnen sowie Kosten für Brückensanierung) sinken gegenüber dem Vorjahr um 250.438,00 € auf 107.476,00 €. Durch Kaufvertrag vom 19.12.2017 wurde die Brücke in Schenkklengsfeld unter Zahlung eines Betrages von 100.000,00 € auf die Gemeinde Schenkklengsfeld übertragen, die restliche Rückstellung für die Brückensanierung Schenkklengsfeld wurde aufgelöst.

Die Verbindlichkeiten betragen zum 31.12.2017 insgesamt 2.901.429,57 € (2016=40.618,41 €). Der starke Anstieg resultiert fast ausschließlich aus dem Ausgleichsbetrag nach § 15a der Satzung der Zusatzversorgungskasse.

Im Geschäftsjahr 2018 wird das noch bei der HEG verbliebene Anlagevermögen veräußert. Dies betrifft insbesondere die Busabstellhalle in Schenkklengsfeld, die der bisherige Mieter RhönEnergie Bus GmbH übernimmt. Die Konzession für die Abwicklung des Bürgerbusverkehrs in der Gemeinde Kirchheim ist zum 01.01.2018 auf die HLB Hessenbus GmbH übertragen worden.

3.5.3 Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis

keine

3.5.4 Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises

Nach dem Vertrag vom 22.08.1983 zwischen der Hessischen Landesbahn GmbH und dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg gleicht der Landkreis die Hälfte der jährlichen Verluste der HEG aus. Im Haushaltsjahr 2017 beträgt die anteilige Verlustübernahme des Landkreis Hersfeld-Rotenburg 1.384.310,65 € (2016=33.590,76 €).

3.5.5 Haftungsverhältnisse

Kredite, Bankverbindlichkeiten, vom Landkreis gewährte Sicherheiten oder sonstige Haftungsverhältnisse (außer die anteilige Verlustübernahme durch den Landkreis - siehe 3.4.4) bestehen nicht.

3.5.6 Vorliegen der Voraussetzung des § 121 Abs. 1 HGO

Am 29.11.1909 fasste der Kreistag des Landkreises Hersfeld den Beschluss über den Bau der Bahnstrecke Bad Hersfeld-Heimboldshausen, am 22.11.1910 wurde von der Königlich Preußischen Regierung eine Genehmigung für den Eisenbahnbetrieb auf 100 Jahre erteilt und die Strecke am 26.09.1912 eröffnet. Die Strecke diente dem Personen- und Güterverkehr und war für die neu entstandene Kaliindustrie im Werratal besonders wichtig.

Eine besondere Rolle fiel der Hersfelder Kreisbahn nach dem Zweiten Weltkrieg und der Errichtung der Zonengrenze zu, nachdem die Verkehrslinien des Kaligebietes nach Thüringen und dem Westen Deutschlands auseinander fielen. Damit war der Transport der Erzeugnisse der Kaliindustrie über die Eisenbahnlinien Vacha-Heringen-Gerstungen-Bebra von der Willkür der Behörden der SBZ und der DDR abhängig.

In der Zeit vom 01.07.1952 bis 30.11.1954 und vom 01.12.1967 bis 28.09.1969 war dann auch der Grenzübergang von den DDR-Behörden gesperrt worden, und alle Transporte mussten über die Strecke der Hersfelder Kreisbahn laufen. Damit war die Hersfelder Kreisbahn nicht nur ein Verkehrsunternehmen, sondern diente auch in besonderem Maße der Sicherung von etwa 4.000 Arbeitsplätzen in der Kaliindustrie. Dies war auch der Grund, warum der Landkreis Hersfeld-Rotenburg und ab 1983 auch das Land Hessen ein hohes Interesse am Erhalt dieses Unternehmens hatten.

Die GmbH wurde 1983 gegründet und hat die als Eigenbetrieb geführte Hersfelder Kreisbahn übernommen. Als Gesellschafter ist 1983 mit 51 % des Stammkapitals das Land Hessen über die Hessische Landesbahn, ein 100-%-Verkehrsunternehmen des Landes, eingestiegen. Der Grund hierfür war, dass der Landkreis Hersfeld-Rotenburg die finanziellen Lasten der Hersfelder Kreisbahn nicht mehr allein tragen konnte.

Mit der deutschen Wiedervereinigung am 03.10.1990 trat dann eine entscheidende Wende für die Eisenbahnstrecke des Verkehrsunternehmens ein. Über Nacht hatte die Schienenstrecke ihre überragende Bedeutung eingebüßt. Alle Kalitransporte konnten nunmehr gefahrlos über die Werratalstrecke abgewickelt werden. Da auch hohe Sanierungsaufwendungen für die Strecke der Hersfelder Kreisbahn anstanden und ein wirtschaftlicher Betrieb auf Dauer nicht mehr gesichert werden konnte, wurde die HEG von der Betriebspflicht für die Eisenbahnstrecke Bad Hersfeld-Heimboldshausen mit Ablauf des 31.12.1993 dauerhaft entbunden. Ausnahmen hierzu sind unter Punkt 3.4.1 Bahnbetrieb aufgeführt.

Am 11.12.2017 hatte der Kreistag (nach Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung der HEG) der Einstellung des operativen Geschäftsbetriebs der Hersfelder Eisenbahn GmbH zum 31.12.2017 und der Liquidation der Hersfelder Eisenbahn GmbH mit Wirkung ab 1.1.2018 zugestimmt.

3.5.7 Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

Der Geschäftsführer der HEG erhält seine Bezüge über die Konzernobergesellschaft HLB; eine unmittelbare Gehaltszahlung durch die HEG erfolgt nicht. Die Bezüge des Geschäftsführers werden – wie die übrigen Personal- und Sachkosten der HLB – zum weitaus überwiegenden Teil nach einem festgelegten Schlüssel auf alle Tochterunternehmen verteilt. Einzelpositionen, wie etwa das Geschäftsführergehalt, werden dabei nicht besonders ausgewiesen. Ein Aufsichtsrat besteht nicht mehr.

3.5.8 Zahlen, Daten, Fakten

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2016	31.12.2017
Gesamtleistung	294.710,88 €	1.863.695,87 €
Betriebsergebnis	-39.561,71 €	-1.379.128,78 €
Finanzergebnis	8.233,00 €	-2.266,00 €
Ergebnis nach Steuern	-31.328,71 €	-1.381.394,78 €
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0,00 €	0,00 €

Bilanz

	31.12.2016	31.12.2017
Anlagevermögen	346.566,11 €	288.143,01 €
Umlaufvermögen	205.353,86 €	2.874.150,12 €
Eigenkapital	153.387,56 €	153.387,56 €
Rückstellungen	357.914,00 €	107.476,00 €
Verbindlichkeiten	40.618,41 €	2.901.429,57 €
Bilanzsumme	551.919,97 €	3.162.293,13 €

3.6 EAM Sammel- und Vorschalt 1 GmbH

Sitz:	34131 Kassel Telefon: (05 61) 9 33-01, Telefax: (05 61) 9 33-25 00 E-Mail: www.EAM.de
Postanschrift:	Monteverdistraße 2, 34131 Kassel
Aufgabe:	Gegenstand der Gesellschaft ist der Erwerb, das Halten und Verwalten sowie die Veräußerung einer Kommanditbeteiligung an der EAM GmbH & Co. KG, Kassel. Die Gesellschaft dient der Bündelung und Gruppierung ihrer Gesellschafter als mittelbare Gesellschafter der Kommanditgesellschaft.
Gründung:	2013
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel, HRB 16421
Stammkapital:	25.000 EUR
Gesellschafter:	Landkreis Kassel, - Eigenbetrieb Jugend- und Freizeiteinrichtungen (25,47 %) Schwalm-Eder-Kreis, - Eigenbetrieb Jugend- und Freizeiteinrichtungen (23,17 %) Landkreis Hersfeld-Rotenburg, - Eigenbetrieb Jugend- und Freizeiteinrichtungen (20,51 %) Landkreis Marburg-Biedenkopf, - Eigenbetrieb Jugend- und Kulturförderung, BgA Jugend- und Freizeiteinrichtungen (15,38 %) Kultur- und Denkmalstiftung des Landkreises Northeim (7,75 %) Jugendstiftung des Landkreises Northeim (7,72 %)
Aufsichtsrat:	-
Geschäftsführer:	Uwe Pietsch, Landkreis Kassel Michael Schneider, Schwalm-Eder-Kreis
Prokura:	-
Jahresabschluss:	per 31.12.2017
Abschlussprüfer:	PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Kassel - Prüfbericht vom 27.04.2018
Beteiligungen: (ab 2014)	1. Ebene: EAM GmbH & Co. KG, Kassel (30,78 %) 2. Ebene: EAM Beteiligungen GmbH, Kassel (100 % ¹⁾ EAM Verwaltungs-GmbH, Kassel (100 % ¹⁾ 3. Ebene: EnergieNetz Mitte GmbH, Kassel (100 % ¹⁾ EAM Energie GmbH, Kassel (50 % ¹⁾ u.a.

1) aus Sicht der EAM GmbH & Co. KG

3.6.1 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Der Landkreis Hersfeld-Rotenburg war bis zum 19.12.2013 mit 3.453.666 € am Grundkapital der E.ON Mitte AG (EMI) in Höhe von 130.000.000 € (= 2,657%) beteiligt. Der Anteil der kommunalen Aktionäre hatte insgesamt 26,7% betragen.

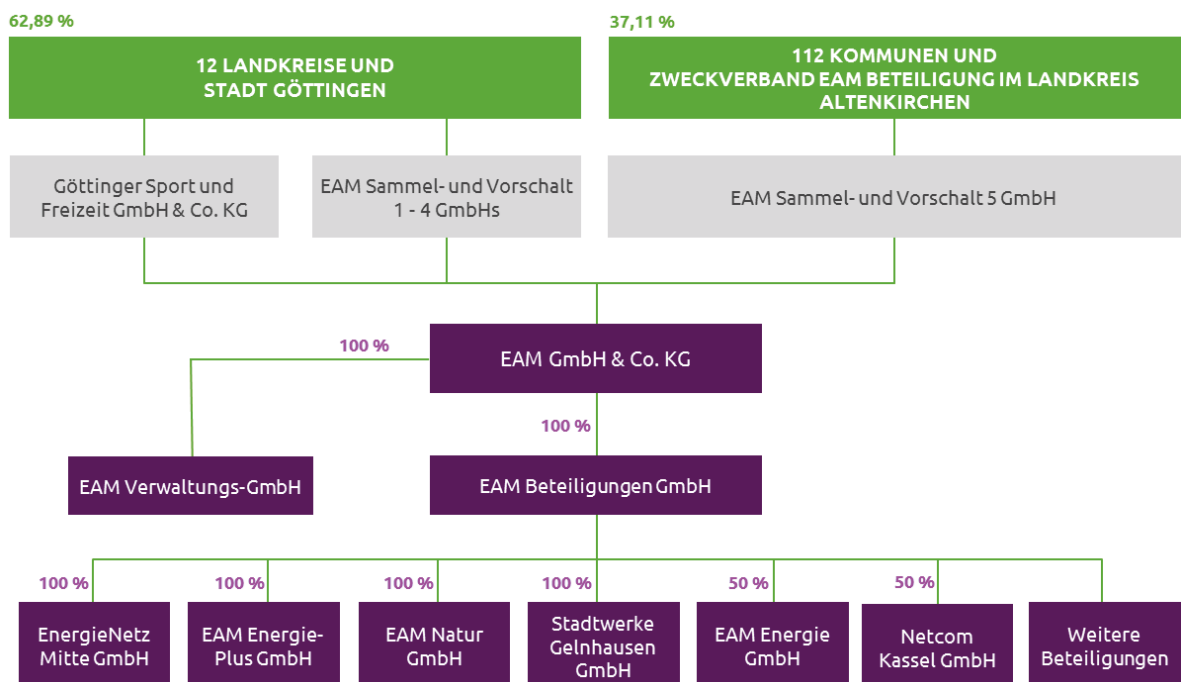
Der Kreistag des Landkreises Hersfeld-Rotenburg hatte in seiner Sitzung am 09.12.2013 den Rückkauf der Aktien an der E.ON Mitte AG durch die bisherigen kommunalen Anteilseigner beschlossen.

Am 19. Dezember 2013 wurde dann der Rückkauf der E.ON Mitte AG durch die bisherigen kommunalen Anteilseigner abgewickelt. Der Anteil der kommunalen Anteilseigner stieg damit von 26,7 % auf 100 %. Der Landkreis Hersfeld-Rotenburg ist nun mittelbar über die EAM Sammel- und Vorschalt 1 GmbH (Beteiligungsanteil: 20,51 %) an der EAM GmbH & Co. KG (EAM) beteiligt. Der durchgerechnete Anteil des Landkreises Hersfeld-Rotenburg an der EAM GmbH & Co. KG hatte am 31.12.2013 10,0677 % betragen.

In einem zweiten Schritt sollten in 2014 bis zu 49,9 % der Anteile an interessierte Kommunen veräußert werden. Mit Vertragsunterzeichnung vom 10.12.2014 haben sich weitere Städte und Gemeinden über Beteiligungsgesellschaften an der EAM GmbH & Co. KG beteiligt, so dass der durchgerechnete Anteil des Landkreises Hersfeld-Rotenburg an der EAM GmbH & Co. KG zum 31.12.2014 6,496 % betragen hatte.

Im Jahr 2015 wurde die letzte Stufe des Rekommunalisierungsprozesses erfolgreich abgeschlossen: Weitere neun Kommunen aus Hessen und Südniedersachsen sowie neun Ortsgemeinden aus dem Landkreis Altenkirchen in Rheinland-Pfalz erwarben über eine neue Sammel- und Vorschaltgesellschaft Anteile an der EAM. Der durchgerechnete Anteil des Landkreises Hersfeld-Rotenburg an der EAM GmbH & Co. KG beträgt seit dem 31.12.2015 6,314 %.

Die Konzernstruktur am 31.12.2017 lässt sich folgendermaßen darstellen:



Das Leistungsspektrum des EAM-Konzerns umfasst den Betrieb von Strom-, Gas- und Wassernetzen sowie die Durchführung von damit verbundenen energiewirtschaftlichen Dienstleistungen. Weiterhin sind die Planung, die Errichtung und der Betrieb von Erzeugungs-, Verteilungs- und sonstigen Einrichtungen in den Bereichen Wärme, Kraft, Kälte und Druckluft sowie alle damit verbundenen

Dienstleistungen Bestandteile des Leistungsspektrums des EAM-Konzerns. Der Vertrieb von Energie rundet das Tätigkeitsprofil der EAM-Gruppe im Bereich der Energieversorgung ab. Außerdem plant und errichtet die Gruppe Anlagen zur Erzeugung von regenerativen Energien, insbesondere aus fester und flüssiger Biomasse, Sonne, Wind- und Wasserkraft. Ferner hat die EAM-Gruppe mit dem Einstieg in das Telekommunikationsgeschäft zu Beginn des Jahres 2016 ihr Tätigkeitsfeld erweitert.

Die EAM Beteiligungen GmbH (EAMB) ist im Wesentlichen eine Zwischenholding, die direkt oder indirekt alle Beteiligungen der EAM-Gruppe hält.

Als Tochterunternehmen der EAM Beteiligungen GmbH betreibt die EnergieNetz Mitte GmbH (ENM) vor allem Verteilnetze für Strom und Erdgas in weiten Teilen Hessens, in Südniedersachsen, Teilen von Ostwestfalen, Westthüringen und Teilen des Landkreises Altenkirchen in Rheinland-Pfalz und deckt damit eine Fläche von mehr als 13.000 km² mit rund 1,3 Mio. Einwohnern ab. Im Versorgungsgebiet der ENM werden über 280 Städte und Gemeinden unmittelbar oder mittelbar über Beteiligungen an Netzeigentumsgesellschaften mit Strom und Erdgas versorgt. Das Strom- und Erdgasnetz erstreckt sich über eine Länge von mehr als 49.000 km. Zu den Versorgungseinrichtungen gehören 71 Umspannwerke, über 6.300 Schalt- und Ortsnetzstationen sowie 71 Erdgas-Übernahmestationen und 280 Gas-Bezirksregelanlagen. Im Versorgungsnetz der ENM wurde im Jahr 2017 eine Energiemenge von 7,6 Milliarden kWh über das Stromnetz sowie 7,5 Milliarden kWh über das Erdgasnetz transportiert.

Die erfolgte Rekommunalisierung der EAM (vormals E.ON Mitte AG) setzt die kommunalen Anteilseigner in den Stand, die Energieversorgung in der Fläche zu sichern und die Energiewende aktiv mitzugestalten. Damit ist der öffentliche Zweck für die wirtschaftliche Betätigung des Landkreises gerechtfertigt.

3.6.2 Grundzüge des Geschäftsverlaufes sowie Informationen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens

Die Geschäftstätigkeit der EAM Sammel- und Vorschalt 1 GmbH (SVSG 1) ist auf den Erwerb, das Halten und Verwalten sowie die Veräußerung einer Kommanditbeteiligung an der EAM GmbH & Co. KG beschränkt.

Aus der Kommanditbeteiligung an der EAM wurden Erträge in Höhe von 21.989.286,56 € (2016=15.634.391,11 €) vereinnahmt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 24.977,01 € (2016=28.415,64 €) und enthalten Kosten der Geschäftsbesorgung, Prüfungs- und Steuerberatungskosten sowie Beiträge und Gebühren.

Das negative Zinsergebnis in Höhe von 5.824.494,42 € (2016=-5.419.106,92 €) beinhaltet die jährlichen Zinszahlungen an die Gesellschafter sowie Zinserträge aufgrund von Steuererstattungen.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 2.288.508,60 € (2016=3.744.175,67 €) betreffen die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr wurde durch ein niedrigeres steuerlich zuzurechnendes Einkommen aus der EAM verursacht.

Das abgelaufene Geschäftsjahr schloss mit einem Jahresüberschuss von 13.851.319,70 € (2016=6.442.698,94 €) ab, der damit deutlich über dem Vorjahreswert und auch über der Prognose aus dem letzten Jahr liegt. Die Ursachen für den Anstieg waren die höheren Beteiligungserträge und der gesunkene Steueraufwand. Insgesamt ist das Ergebnis des Geschäftsjahres 2017 als sehr positiv einzuschätzen.

Die Bilanzsumme zum 31.12.2017 betrug 180.660.578,15 € und lag damit über dem Vorjahreswert von 169.025.104,45 €. Das Anlagevermögen, das ausschließlich aus Finanzanlagen bestand, erhöhte sich um 15.868.361,74 € auf 168.625.317,75 € und betrug 93,3 % des Gesamtvermögens (2016=90,4 %). Das Umlaufvermögen in Höhe von 12.035.260,40 € sank um 4.232.888,04 € gegenüber dem

Vorjahreswert. Dies resultiert hauptsächlich aus niedrigeren Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und aus einem geringeren Bankguthaben.

Das Eigenkapital betrug 37.037.604,49 € (2016=23.186.284,79 €) und deckte zum Bilanzstichtag 20,5 % (2016=13,7 %) der Bilanzsumme. Die Rückstellungen verminderten sich aufgrund des deutlichen Rückgangs der Steuerrückstellungen um 2.215.846,00 € auf 232.689,00 €. Die Verbindlichkeiten bestehen gegenüber Gesellschaftern und beinhalten – betragsmäßig unverändert zum Vorjahr - mit 140.475.419,70 € Darlehen sowie mit 2.914.864,96 € die darauf entfallenden Zinsen bis zum Bilanzstichtag.

Die Liquidität war im Geschäftsjahr stets gesichert. Die aus den Darlehensvereinbarungen resultierenden Zinsen sind immer erst zum 30.06. des Folgejahres fällig.

Die EAM GmbH & Co. KG wurde in 2013 als kommunale Erwerbs- und Finanzierungsgesellschaft gegründet. In der EAM sind die zentralen Querschnittsfunktionen (insbesondere Rechnungswesen, Controlling, Recht, Personalwesen, Einkauf und IT) gebündelt und werden für die gesamte EAM-Gruppe als Dienstleistung erbracht. Darüber hinaus koordiniert die EAM als Holdinggesellschaft einheitliche Management- und unternehmensübergreifende Entwicklungsstrategien und übernimmt das Liquiditätsmanagement (Cash Pooling) der EAM-Gruppe. Die EAM GmbH & Co. KG weist in 2017 eine Bilanzsumme von 973,2 Mio. € (2016= 973,0 Mio. €) und ein Eigenkapital von 440,4 Mio. € (2016=400,7 Mio. €) auf. Die Gesellschaft hatte im Durchschnitt 164 (2016=166) Beschäftigte. Im EAM-Konzern waren 1.149 (2016=1.159 Mitarbeiter) beschäftigt.

Die EAM Energie GmbH (EAME) hat im Juli 2014 ihre operative Geschäftstätigkeit als Vertriebsgesellschaft aufgenommen und befindet sich weiterhin im Aufbau. Gegenstand der EAME ist der Vertrieb von Energie, insbesondere von Strom und Gas und von weiteren energiewirtschaftlichen Produkten, die mit der Versorgung von Privatkunden und Gewerbetreibenden sowie kommunalen Kunden und Weiterverteilern unmittelbar zusammenhängen und der Verkaufsförderung dienen. In 2017 wurde ein deutlich verminderter Jahresfehlbetrag von 1.857 T€ (2016 = -5.229 T€) erzielt, der besser ausfiel als geplant. Für das Geschäftsjahr 2018 wird erstmalig ein Jahresüberschuss erwartet. Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtszeitraum stets gewährleistet.

3.6.3 Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis

keine

3.6.4 Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises

Folgender Zahlungsfluss innerhalb des EAM Konzerns hat Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises Hersfeld-Rotenburg:

Nach § 6.1 iii des Gesellschaftsvertrages der EAM Sammel- und Vorschalt 1 GmbH sind Gesellschafterbeschlüsse notwendig, wenn Gesellschafterrechte in der EAM GmbH & Co. KG ausgeübt werden sollen. Der Gesellschafterbeschluss der EAM GmbH & Co. KG zur Feststellung des Jahresabschlusses und zur Billigung des Konzernabschlusses ist eine derartige Ausübung von Gesellschafterrechten. Die Beschlussfassung für den Jahres- und Konzernabschluss 2017 erfolgte am 12.06.2018 in der Gesellschafterversammlung der EAM Sammel- und Vorschalt 1 GmbH. Dementsprechend wurde der Jahresüberschuss 2017 der EAM GmbH & Co. KG in Höhe 55.385.471,08 € nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrags den einzelnen Kommanditisten entsprechend ihrer Anteilsverhältnisse zugeordnet und auf die Gesellschafterkonten verteilt. Einen Teilbetrag des Jahresüberschusses verwendet die EAM GmbH & Co. KG für den jährlichen zu bedienenden Kapitaldienst (Tilgung und Zinsen) aufgrund der Finanzierung der neu erworbenen Aktien an der EAM (vormals E.ON Mitte AG) durch die kommunalen Anteilseigner. Ein weiterer Teilbetrag wird von der EAM anteilig an die Sammel- und Vorschalt GmbHs weitergeleitet, die wiederum entsprechende Auszahlungen an die Anteilseigner veranlassen. Gemäß §§ 11 und 12 des

Gesellschaftsvertrags der EAM GmbH & Co. KG wurde von der EAM Sammel- und Vorschalt 1 GmbH ein Betrag von 6.972.707,15 € entnommen.

Der Landkreis Hersfeld-Rotenburg hat für das Geschäftsjahr 2017 folgende Zahlungen (alternativ zur Dividendenausschüttung) erhalten:

Die **Zinsen für das gestundete Kaufpreisdarlehen** für den Zeitraum 01.01.2017-31.12.2017 in Höhe von 4,15 % betragen 1.195.840,60 € und beziehen sich auf die Altaktienanteile. Auszahlungsdatum: 30.06.2017/30.06.2018 (je zur Hälfte)

Die **Bürgschaftsprovision** 2017 (0,5 %) für die Bürgschaftssumme zum Erwerb der Neuaktienanteile beträgt 86.367,67 €. Auszahlungsdatum: 31.01.2017

Die Darlehenszinsen werden im Eigenbetrieb „Jugend- und Freizeiteinrichtungen“ vereinnahmt, weil das Aktienkapital der EAM (vormals E.ON Mitte AG) als gewillkürtes Betriebsvermögen dem Eigenbetrieb zugeordnet wurde.

3.6.5 Haftungsverhältnisse

Folgende Kredite bestehen zum 31.12.2017:

	31.12.2016	31.12.2017
Gesellschafterdarlehen, Zinssatz: 4,15 %	140.475.420 €	140.475.420 €
Summe Kredite	140.475.420 €	140.475.420 €

Mit Aktienkauf- und Übertragungsvertrag vom 16. Dezember 2013 hat die Gesellschaft vom Landkreis Hersfeld-Rotenburg, handelnd für den Eigenbetrieb Jugend- und Freizeiteinrichtungen, 3.453.666 Stückaktien der E.ON Mitte AG zu einem Kaufpreis von 28.815.436,05 € erworben. Die Zahlung des Kaufpreises erfolgte durch Gewährung eines Darlehens durch den Verkäufer. Das Darlehen endet spätestens am 31. Dezember 2033 und ist mit 4,15 % p.a. zu verzinsen. Die Zinsen sind nachträglich zum 30. Juni fällig.

3.6.6 Vorliegen der Voraussetzung des § 121 Abs. 1 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen vor, weil diese Beteiligung an einem Energieversorgungsunternehmen, das auch Netzbetreiber für Teile des Landkreises Hersfeld-Rotenburg ist, dem Landkreis Erträge in Form von Ausschüttungen bzw. Zinsen erbringt und damit einen Beitrag zur Haushaltswirtschaft des Landkreises leistet.

3.6.7 Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

Die Geschäftsführer erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

Ein Aufsichtsrat besteht nicht.

3.6.8 Zahlen, Daten, Fakten

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2016	31.12.2017
Gesamtleistung	6,06 €	13,17 €
Betriebsergebnis	-28.409,58 €	-24.963,84 €
Finanzergebnis	10.215.284,19 €	16.164.792,14 €
Ergebnis nach Steuern	6.442.698,94 €	13.851.319,70 €
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	6.442.698,94 €	13.851.319,70 €

Bilanz

	31.12.2016	31.12.2017
Anlagevermögen	152.756.956,01 €	168.625.317,75 €
Umlaufvermögen	16.268.148,44 €	12.035.260,40 €
Eigenkapital	23.186.284,79 €	37.037.604,49 €
Rückstellungen	2.448.535,00 €	232.689,00 €
Verbindlichkeiten	143.390.284,66 €	143.390.284,66 €
Bilanzsumme	169.025.104,45 €	180.660.578,15 €

3.7 Breitband Nordhessen GmbH

Sitz	34117 Kassel Telefon: (05 61) 9 70 62-14 Telefax: (05 61) 9 70 62-22 E-Mail: laurier@breitband-nordhessen.de
Postanschrift:	Ständeplatz 15, 34117 Kassel
Aufgabe:	Gegenstand der Gesellschaft ist die flächendeckende Versorgung von privaten Haushalten und Gewerbebetrieben in den gesamten Kreisgebieten der Gesellschafter mit Ausnahme der Stadt Kassel mit hochleistungsfähigen NGA-Breitbandanschlüssen durch Planung, Errichtung und Betrieb der hierzu erforderlichen Telekommunikationsinfrastruktur sowie deren Unterhaltung und Verwaltung, insbesondere durch Vermietung der passiven Infrastruktur.
Gründung:	2014
Handelsregister:	HRB 16388
Stammkapital:	25.000 EUR
Stammeinlage Landkreis Hersfeld-Rotenburg	5.000 EUR
Gesellschafter:	Landkreis Hersfeld-Rotenburg (20 %) Schwalm-Eder-Kreis (20 %) Werra-Meißner-Kreis (20 %) Landkreis Kassel (20 %) Landkreis Waldeck-Frankenberg (20 %)
Gesellschafterversammlung:	ja
Aufsichtsrat:	/
Geschäftsführerin:	Kathrin Laurier
Prokura:	Holger Schach
Jahresabschluss:	per 31.12.2017
Abschlussprüfer:	AKR Akzent Revisions GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Steuerberatungsgesellschaft, Kassel - Prüfbericht vom 16.04.2018
Beteiligungen:	keine

3.7.1 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Gesellschaft wurde am 18.02.2014 von den nordhessischen Landkreisen Waldeck-Frankenberg, Werra-Meißner, Schwalm-Eder, Kassel und Hersfeld-Rotenburg gegründet.

Gegenstand des Unternehmens ist die flächendeckende Versorgung von privaten Haushalten und Gewerbebetrieben in den gesamten Kreisgebieten der Gesellschafter mit hochleistungsfähigen NGA-Breitbandanschlüssen durch Planung, Errichtung und Betrieb der hierzu erforderlichen passiven Telekommunikationsinfrastruktur sowie deren Unterhaltung und Verwaltung, insbesondere durch Vermietung an einen Netzbetreiber.

In Deutschland steht 2017 der Verfügbarkeit bei einer Bandbreite von bis zu 30 Mbit/s im städtischen Bereich von 93,7 % im ländlichen Raum lediglich eine Verfügbarkeit von 51,9 % gegenüber.

In der Region Nordhessen mit den fünf Landkreisen Hersfeld-Rotenburg, Werra-Meißner, Schwalm-Eder, Waldeck-Frankenberg und Kassel wird mittel- bis langfristig eine Breitbandversorgung sowohl der Privathaushalte als auch insbesondere der Gewerbebetriebe auf Basis eines Hochgeschwindigkeitsnetzes genauso essentiell sein wie heute bereits andere unabdingbare Infrastrukturen (vgl. Wasser-, Strom- und Straßennetze).

Ein leistungsfähiges Hochgeschwindigkeitsnetz für die Telekommunikation wird daher eine wesentliche Voraussetzung für das weitere Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der hier ansässigen Unternehmen sein, ebenso wie ein wichtiger Standortfaktor für Familien.

In der Breitband Nordhessen GmbH werden die Breitbandaktivitäten aller fünf Landkreise gebündelt. Hierin werden gute Chancen auf Nutzung bzw. Schaffung von Synergien im anstehenden Infrastrukturausbau gesehen, was durch mögliche Reduzierung der Ausbaukosten und Vermarktungskosten zu einer erhofften Verbesserung der Wirtschaftlichkeit führt.

3.7.2 Grundzüge des Geschäftsverlaufes sowie Informationen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens

Der Geschäftsverlauf der Gesellschaft war in 2017 zu Beginn geprägt durch konkrete Meilensteine in der Projektumsetzung (Übergabe des Förderbescheides „ELER“ sowie Baumaßnahmen in 11 Bauabschnitten, in 12 weiteren Bauabschnitten bis Ende des Jahres 2017 und erste Netzeröffnungen bis September 2017 in allen 5 Landkreisen).

Das Hessische Wirtschafts- und Umweltministerium unterstützt nun mit Geldern aus dem „Europäischen Landwirtschaftsfond für die Entwicklung des ländlichen Raums“ (ELER) den Breitbandausbau in Nordhessen mit rund 20 Mio. €. Den dementsprechenden Förderbescheid übergab Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir am 17.02.2017 in Kassel an die nordhessischen Landkreise und die Breitband Nordhessen GmbH.

16 Bauabschnitte wurden bisher bauseitig abgeschlossen und 112 Ortsteile sind an den Betreiber Netcom Kassel zur Installation und Inbetriebnahme übergeben worden. 8 Bauabschnitte sind derzeit in einer fortgeschrittenen Bauphase, 16 Bauabschnitte sind neu im Bau. Bis zum 20.12.2017 wurden 620 Multifunktionsgehäuse (MFG) gesetzt und davon 508 MFGs und 27 Datenkonzentratorgehäuse (DAKOs) abgenommen. Die Bauleistung des Generalunternehmers liegt dabei bislang über dem vertraglich vereinbarten Ausbauwert.

Der Jahresfehlbetrag der Gesellschaft in 2017 beläuft sich auf 1.030.974,27 € (2016 = 747.134,43 €) und resultiert aus dem weiteren Aufbau der Organisationsstruktur, höheren Zinszahlungen für die aufgenommenen Darlehen und ersten planmäßigen Abschreibungen. Im Vergleich zum Wirtschaftsplanergebnis 2017 wurde der geplante Jahresfehlbetrag um 264,9 T€ unterschritten. Die Unterschreitung hängt allerdings mit der Verschiebung einzelner Planungsschritte zusammen, wodurch im Berichtsjahr insbesondere die Abschreibungen geringer als geplant ausgefallen sind.

Die in 2017 angefallenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 558.667,53 € (2016 = 565.946,40 €) betreffen im Wesentlichen Aufwendungen für Rechts- und Beratungskosten für die Projektberatung sowie Werbeaufwendungen für Projektpräsentationen und den Internetauftritt.

Im Geschäftsjahr 2017 waren im Unternehmen 3 Arbeitnehmer beschäftigt: 1 Geschäftsführerin, 1 Assistentin der Geschäftsführung und 1 Technischer Projektmanager.

Die Gesellschaft weist zum Abschlussstichtag einen „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag“ in Höhe von 2.374.417,25 € (2016 = 1.343.442,98 €) aus. Ferner enthält die Bilanz zum 31.12.2017 gegenüber den Gesellschaftern Verbindlichkeiten aus Darlehen in Höhe von 11.699.999,96 €. Zur Abwendung der Überschuldung der Gesellschaft traten die Gesellschafter gemäß Rangrücktrittserklärungen (Darlehensverträge) mit ihren Darlehensforderungen in Höhe von 11,7 Mio. € hinter die Forderungen aller anderen Gläubiger in der Weise zurück, dass ihre Forderung nur zu Lasten von Bilanzgewinnen, aus einem Liquidationsüberschuss oder aus dem die sonstigen Verbindlichkeiten der Schuldnerin übersteigenden Vermögen bedient zu werden braucht.

Aufgrund dieser Rangrücktrittserklärung ergeben sich aus der bilanziellen Überschuldung zum Bilanzstichtag keine Risiken in Bezug auf den Fortbestand des Unternehmens.

3.7.3 Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis

Seit Gründung der Gesellschaft am 18. Februar 2014 ist der Landkreis Hersfeld-Rotenburg als Gesellschafter nach § 3 des Gesellschaftervertrages am gesamten Stammkapital mit 5.000 € beteiligt.

2016 gab es keine weiteren Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis.

3.7.4 Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises

Die Haushaltswirtschaft des Landkreises wird durch die Gesellschaft direkt weder belastet noch entlastet. Für gewährte Gesellschafterdarlehen erhält der Landkreis lediglich eine jährliche Verzinsung (siehe 3.6.5).

3.7.5 Haftungsverhältnisse

Mit den Gesellschaftern der Breitband Nordhessen GmbH wurden im November/Dezember 2016 sowie März 2017 (Vertragsdatum mit Landkreis Hersfeld-Rotenburg: 29.11.2016) weitere Darlehensverträge (zur Eigenkapitalisierung für die Jahre 2017 bis 2021) mit einer Gesamtsumme von 20,2 Mio. € abgeschlossen. Der Anteil des Gesellschafterdarlehens für das Jahr 2017 beträgt 4.399.999,97 € (2016 = 3,1 Mio. €; 2015 = 3,7 Mio. €; 2014 = 499.999,99 €) Der Darlehensgeber Landkreis Hersfeld-Rotenburg stellte der Gesellschaft im Geschäftsjahr ein verzins- und rückzahlbares Gesellschafterdarlehen in Höhe von 688.844,58 € (2016 = 485.322,32 €; 2015 = 579.255,67 €; 2014 = 78.277,79 €) mit Rangrücktritt zur Verfügung. Die Darlehensbeträge wurden und werden für die Jahre 2017 bis 2020 jeweils zur Hälfte im April und im Oktober ausgezahlt, die letzte Rate im Jahr 2021 wird im April ausgezahlt.

Der noch fällige Darlehensbetrag wird jeweils zum Jahresende mit 0,75 % verzinst. Die Rückzahlung erfolgt, sobald die Gesellschaft ihr Darlehen bei der WIBank getilgt hat oder beginnt spätestens ab dem 31. Dezember 2036 (Ablauf der Tilgungszeit bei der WIBank).

3.7.6 Vorliegen der Voraussetzung des § 121 Abs. 1 HGO

Bei der Breitband Nordhessen GmbH handelt es sich um ein Unternehmen der Breitbandversorgung. Gemäß § 121 Abs. 2 HGO gilt eine derartige Tätigkeit nicht als wirtschaftliche Betätigung mit der Folge, dass für sie die Zulässigkeitsbeschränkungen des § 121 Abs. 1 HGO nicht gelten.

3.7.7 Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

Gemäß § 286 Abs. 4 HGB wurde im Prüfungsbericht auf die Angabe der Bezüge des Geschäftsführerin verzichtet. Die Angabe kann unterbleiben, wenn daraus Rückschlüsse auf die Bezüge einer einzelnen Person möglich sind. Ein Aufsichtsrat besteht nicht.

3.7.8 Zahlen, Daten, Fakten

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2016	31.12.2017
Gesamtleistung	2.519,37 €	558.209,42 €
Betriebsergebnis	-648.955,12 €	-597.389,83 €
Finanzergebnis	-98.064,35 €	-433.374,98 €
Ergebnis nach Steuern	-747.019,47 €	-1.030.764,81 €
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-747.134,43 €	-1.030.974,27 €

Bilanz

	31.12.2016	31.12.2017
Anlagevermögen	17.277.305,87 €	60.458.595,66 €
Umlaufvermögen	19.615.658,89 €	16.060.731,52 €
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.343.442,98 €	2.374.417,25 €
Eigenkapital	0,00 €	0,00 €
Rückstellungen	19.210,00 €	15.530,00 €
Verbindlichkeiten	38.217.346,45 €	72.221.188,65 €
Bilanzsumme⁵	38.236.556,45 €	79.003.385,32 €

⁵ inklusive Rechnungsabgrenzungsposten